

Handlungsprogramm 2012 bis 2017

Haushaltsentlastend wirkende Vorschläge
aus dem Bürgerhaushalt 2012
inklusive Kurzeinschätzung der Verwaltung

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 2
Titel	Weniger Kontenangaben auf städtischen Schreiben
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012

Vorschlag Nr.	2012 – 3
Titel	Überflüssige Ampelanlagen im Gewerbegebiet Loddenheide
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012

Vorschlag Nr.	2012 – 4
Titel	Unbebaute städtische Grundstücke verkaufen
Kurzbeschreibung	Durch geänderte Bebauungspläne, überarbeitete Straßentrassen oder aufgegebene Spielplätze sind im Laufe der Jahre zahlreiche städtische Grundstücke oder Teilflächen frei geworden.
Erläuterung	Die unbebauten Flächen sollten – nach einer Umwidmung – an Anlieger oder an Dritte verkauft werden. So befinden sich am Gremmendorfer Weg einige stadteigene Flächen, die von den Anliegern unentgeltlich als Vorgärten genutzt werden. Die Flächen werden dauerhaft nicht mehr für einen Straßenausbau benötigt. An einer Stelle wurde die Bauflucht bereits vorverlegt, so dass die ursprüngliche Planung nicht mehr realisierbar ist.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Das Amt für Immobilienmanagement arbeitet seit Jahrzehnten in diesem Segment, entsprechende Flächen zu identifizieren und entsprechend der Kapazitätsfragen (personelle Auslastung) in das jährlich fortzuschreibende Arbeitsprogramm aufzunehmen. Hierzu sind vorab zum Teil umfassende planungsrechtliche Abstimmungen und Wertermittlungen erforderlich. Zudem muss das Arbeitsprogramm vom zuständigen Ratsgremium jährlich beraten und beschlossen werden. Mit dem Abverkauf von städt. Grundstücken können kaum nennenswerte dauerhaften Einsparungen sondern nur einmalige Ertragseffekte erzielt werden (wird im HH-Plan seit Jahren berücksichtigt).
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Eine systematische Abarbeitung ist sehr personalintensiv, insofern werden Abverkäufe in Abhängigkeit der Arbeitskapazitäten und des vom AFBL zu beschließenden Arbeitsprogramms erfolgen.
Finanzielle Entlastung	Die Erträge können nicht näher beziffert werden, da dies von verschiedenen Faktoren abhängig ist (Menge der Verkäufe, Grundstückswerte, ggf. politisch vorgegebene Rahmenbedingungen).

Vorschlag Nr.	2012 – 5
Titel	Kostenbeitrag für die Inanspruchnahme der Recyclinghöfe
Kurzbeschreibung	Angemessen wäre, wenn die Aufwendungen für den Betrieb der Recyclinghöfe der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster teilweise entsprechend der Inanspruchnahme umgelegt würden.
Erläuterung	Als angemessener Kostenbeitrag sollte pro Anlieferung ein Entgelt von etwa 2 Euro erhoben werden. Dazu wäre lediglich ein Münzautomat zu installieren. Eine Schranke ist ohnehin (beispielsweise am Recyclinghof Eulerstraße) vorhanden.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Derzeit werden die Kosten der elf Recyclinghöfe in Münster von allen Bürgern getragen. Die Finanzierung erfolgt über die Restabfallbehältergebühr. Die Einführung eines Nutzungsentgeltes für die Recyclinghöfe würde zu einer verursachergerechteren Gebührenerhebung beitragen, aber höhere Gesamtkosten für bauliche Einrichtungen (Schranke, Münzautomat) und zusätzlichen Personalaufwand verursachen. Durch die kostenfreie Nutzungsmöglichkeit der Recyclinghöfe wird außerdem die Gefahr von wilden Müllablagerungen im Stadtgebiet verringert.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag ist technisch und organisatorisch umsetzbar.
Finanzielle Entlastung	Durch die Umsetzung des Vorschlages wird <u>keine</u> Einsparung erzielt. Die Umsetzung des Vorschlages verursacht zusätzliche Kosten.

Vorschlag Nr.	2012 – 6
Titel	Einheitliche Gestaltung (Corporate Identity) des städtischen Auftritts
Kurzbeschreibung	In der Korrespondenz der Stadt fällt auf, dass es keinen einheitlichen CI-Auftritt (CI = Corporate Identity bzw. Organisationsidentität) gibt.
Erläuterung	Besonders gewöhnungsbedürftig ist der Briefaufbau des Amtes für Schule und Weiterbildung. Durch den Wegfall der Doppelpunkte im rechten Briefviertel ließen sich auch der Papierverbrauch und das Archivvolumen reduzieren.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Die Stadt Münster verfügt über ein Corporate Design (CD), das von der Verwaltungsführung beschlossen worden ist, im Lauf der Jahre mehrmals in geringerem Umfang aktualisiert worden ist und von den Ämtern und Einrichtungen im Alltag gelebt wird. Tatsächlich besteht in der verwaltungsweiten, konsequenten Anwendung des CD Verbesserungsbedarf. Eine erneute Aktualisierung des CD wäre aus mehreren Gründen zu begrüßen. Ein wesentlicher Grund ist das Ziel größerer Einheitlichkeit des städtischen Auftritts. Zu diesem Auftritt gehören Briefbogen, Broschüre, Faltblatt, Plakat, Homepage, Anzeigenrahmen, Einladungskarten, Schilder, Visitenkarten, Fahrzeugbeschriftungen etc.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag ist umsetzbar. Die Fortschreibung des CD und seine Umsetzung in der Praxis kann sukzessive über einen längeren Zeitraum erfolgen.
Finanzielle Entlastung	Die Realisierung ist in einer Form möglich, die mittel- bis längerfristig finanzielle Entlastungen bringt. Damit diese eintreten können, sind allerdings zunächst wesentliche finanzielle und personelle Vorleistungen zu erbringen.

Vorschlag Nr.	2012 – 9
Titel	Sonderabgabe für Außenheizungen und Heizpilze einführen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012

Vorschlag Nr.	2012 – 12
Titel	Kreisverkehr an der Kreuzung Marktallee /Glasuritstraße einrichten
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012

Vorschlag Nr.	2012 – 18
Titel	Beweidung öffentlicher Grünflächen
Kurzbeschreibung	Die öffentlichen Parkanlagen mit großen Rasenflächen (z. B. im Bereich Aasee, Wienburgpark, Westerholt-sche Wiese usw.) könnten abwechselnd durch Schäfer bewirtschaftet werden.
Erläuterung	Durch eine zyklische Beweidung der größeren Flächen müssten diese nicht länger kostenintensiv gemäht werden. Zudem könnte z. B. das Fleisch der Schafe als regionale (und ökologisch hochwertige) Delikatesse in münsterschen Gaststätten angeboten werden. Aus den Einsparungen beim Mähen und dem Erlös durch den Verkauf von Schafprodukten ließe sich möglicherweise ein (oder mehrere) „hauptamtliche/r Schäfer“ einstellen. (Alternativ wäre es denkbar, die Flächen einem selbstständigen Schäfer zur Verfügung zu stellen, der diese frei als Weidefläche nutzen darf und sich im Gegenzug verpflichtet, die Rasenflächen kurzzuhalten.) Die Verwaltung möge prüfen, ob dieser Vorschlag realisierbar ist und auf diese Weise Einsparungen im städtischen Haushalt möglich sind.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich <u>nicht</u> um einen Sparvorschlag, weil eine Beweidung von öffentlichen Grünflächen nur dann wirtschaftlich ist, wenn große, zusammenhängende Grasflächen (z. B. Naturschutzflächen) zur Verfügung stehen. Das ist auf dem Stadtgebiet Münster nicht der Fall. Hinzu kommt, dass es mit der Beweidung allein nicht getan ist, da auch beweidete Flächen zusätzlich gemäht oder gemulcht werden müssen und darüber hinaus Investitionen für Zäune erforderlich sind, um Gehölze vor Schäden durch Schafe zu schützen und Konflikte mit Joggern, Spaziergängern und Hunden zu vermeiden. Die Praxis der Stadt Münster, den Grasbewuchs in zusammenhängenden, extensiven Grünflächenbereichen wie im Stadtpark Wienburg, am Aasee, im Landschaftspark Mecklenbeck und am Loddenbach von Landwirten kostengünstig mähen und für Futterzwecke verwerten zu lassen, hat sich als sehr kostengünstige Lösung bewährt. Die Beweidung von öffentlichen Grünanlagen führt nicht zu einer Einsparung. Nur große, zusammenhängende Grasflächen (z.B. Naturschutzflächen) sind für Pflege durch Beweidung geeignet.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 19
Titel	Nur jede 2. Straßenlaterne nachts einschalten
Kurzbeschreibung	Um Strom und Kosten zu sparen, sollte nachts nur jede zweite Straßenlaterne eingeschaltet werden.
Erläuterung	Die Stadtverwaltung sollte prüfen, ob sich dadurch Strom und Kosten tatsächlich einsparen lassen und ob der Vorschlag technisch möglich ist.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Vorschlag passt inhaltlich zu folgenden Vorschlägen, die Gegenstand der Bestenliste im Bürgerhaushalt 2012 sind und im Rahmen der Vorlage V/0589/2012 ausführlich dokumentiert werden. Es handelt sich um folgende Vorschläge Nr. 29 Lichtverschmutzung durch Straßenlaternen mindern Nr. 57 Tausch der Straßenlampen durch LED-Technik Nr. 168 Straßenbeleuchtung nachts zu verkehrsarmen Zeiten reduzieren N. 204 Straßenbeleuchtung sinnvoll ein- und ausschalten Die genannte Vorlage wird in die Ratssitzung am 19.09.2012 eingebracht und im Rahmen der Etatberatungen in den Fachausschüssen beraten und abschließend erfolgt im Rat am 12.12.2012 eine Beschlussfassung.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 20
Titel	Keine neue Anschaffung von Fahrradfahrer-Ampeln
Kurzbeschreibung	Keine neue Anschaffung von eigenen, kleinen Fahrradfahrer-Ampeln! Sie sind absolut überflüssig und teuer. Die vorhandenen sollten bei Defekt abgeschafft werden.
Erläuterung	-
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich um einen Einsparvorschlag, da Ziel dieses Vorschlags die Reduzierung von Standards im Bereich der Verkehrsplanung ist.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Auch wenn der Vorschlag umsetzbar ist, weist die Fachverwaltung auf die Notwendigkeit der Anschaffung von Fahrradfahrer Ampeln an besonderen Standorten hin, wenn besondere Gründen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahren vorliegen. Die kleinen Radsignale sind auf die Warteposition abbiegender Radfahrer ausgerichtet, damit diese das für sie maßgebliche Signal ausreichend gut einsehen können. Diese kleinen Signale werden in Augenhöhe der Radfahrer montiert. Der Verzicht auf die Wiederholung der Radsignale in „klein“ kann die Verkehrssicherheit nachteilig beeinflussen. Daher sollten diese kleinen Radsignale, wie bisher auch, in begründeten Fällen auch in Doppelung mit den großen Radsignalen eingesetzt werden.
Finanzielle Entlastung	Je Standort mit gedoppelten Radsignalen ca. 400 €.

Vorschlag Nr.	2012 – 21
Titel	Flughafen Münster/Osnabrück (FMO) verkaufen
Kurzbeschreibung	Wir können den Flughafen Münster/Osnabrück nicht länger mit unseren Gas-, Strom- und Wasserpreisen finanzieren.
Erläuterung	Der Flughafen Enschede Airport Twente wird von Investoren für 30 bis 40 Millionen Euro mit einer 3000-Meter-Landebahn gebaut. Wir Bürger aus Münster haben mit dem Strom-, Gas- und Wasserpreis 36 Millionen Euro bezahlt, Osnabrück und Steinfurt je 36 Millionen Euro. Der Flughafen Münster/Osnabrück ist zu teuer und muss verkauft werden.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Die indirekte Beteiligung am Flughafen ist als Engagement in eine attraktive Infrastruktur der Region zu sehen und in diesem Sinne aufrecht zu erhalten. Unbenommen etwaig künftig notwendiger und im Rahmen der Verlängerung der Start-Landebahn bereits geleisteter Zuführungen ist anzumerken, dass der FMO in den letzten Jahren über den städtischen Haushalt und auch über die Stadtwerke keinen Verlustausgleich erhalten hat.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Für den Verkauf sind politische Beschlüsse sowie das Vorhandensein entsprechender Investoren notwendig. Es ist nicht zu erwarten, dass es Investoren gäbe, die einen adäquaten Kaufpreis zahlen würden.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 22
Titel	Jugendheime mit beschränkten Öffnungszeiten anders nutzen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012

Vorschlag Nr.	2012 – 23
Titel	Schuldenstopp für Münster
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012

Vorschlag Nr.	2012 – 24
Titel	Mitglieder der Bezirksvertretungen wie sachkundige Bürger bezahlen
Kurzbeschreibung	Künftig enthalten alle Mitglieder der Bezirksvertretungen nur noch Sitzungsgeld wie sachkundige Bürger (pro Sitzung 30 Euro). Auf diese Art und Weise könnte die Stadt jährlich rund 90.000,- Euro sparen.
Erläuterung	Die Bezirksvertretungen (BV) tagen nicht häufiger im Jahr als die meisten Fachausschüsse. BV-Mitglieder lesen auch nicht mehr Vorlagen als sachkundige Bürger in den Ausschüssen. Insofern sind die 200 Euro, die BV-Mitglieder als monatlichen Pauschbetrag erhalten, für den identischen Zeitaufwand nicht vertretbar.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Dieser Vorschlag fällt nicht in die Zuständigkeit der Stadt Münster und stellt deshalb <u>keinen</u> Sparvorschlag dar. Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und Mitglieder von Bezirksvertretungen werden nach der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse gemäß Entschädigungsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gezahlt. Hierbei handelt es sich um feste Sätze in Abhängigkeit von der Größe der Gemeinde. Eine Erhöhung, Reduzierung oder auch Änderung des Verfahrens ist rechtlich nicht möglich.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 27
Titel	Grundstück für Wohnmobilhafen bereitstellen
Kurzbeschreibung	Ich habe einen Investor, der 3 Millionen Euro in das Projekt "Wohnmobilhafen für Münster" investieren möchte. Seit 4 Jahren wartet er wegen des fehlenden Grundstücks auf die Projekt-Realisierung, ich als künftiger Betreiber auch. Kosten für die Stadt: keine!
Erläuterung	Warum tut sich die Stadt Münster so schwer mit der Realisierung des Projektes? Die Vorteile liegen alle auf der Hand, angefangen von Schaffung von Arbeitsplätzen, über Tourismusförderung und Bindung von Kaufkraft. Die Stadt Münster hätte ein attraktives Aushängeschild mehr, man könnte eng mit Münster Marketing zusammenarbeiten. Die Pläne für diesen Wohnmobilhafen liegen fix und fertig in der Schublade und die Stadt schiebt die Entscheidung über ein Grundstück endlos zeitraubend vor sich her! Warum? Soll allen, die dieses Projekt vorantreiben wollen, die Lust vergehen? Warum wird Kreativität und Schaffenskraft nicht gefördert? Ich finde es ist eine umfassende öffentliche Diskussion wert!
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Die Stadt Münster ist nicht Eigentümer des Grundstücks. Ein Verkauf durch die Stadt ist nicht möglich. Der Vorschlag hat somit <u>keine</u> haushaltsentlastende Wirkung! Ergänzender Hinweis: Ob und inwieweit das Grundstück mittelfristig verfügbar wird, hängt von dem Ergebnis der zurzeit laufenden Kaufvertragsverhandlungen zwischen dem Wasserschiffahrtsamt (WSA Rheine) und der Stadt ab. Sollten diese Verhandlungen positiv verlaufen, ist für die Nutzung des Grundstücks als Wohnmobilhafen in einem weiteren – mit Ressourcenverbrauch verbundenen - Schritt das erforderliche Planungsrecht durch Änderung des Flächennutzungsplans und durch die Aufstellung eines Bebauungsplans zu schaffen. Hinzu kommen bei Realisierung des Projekts Erschließungskosten und Infrastrukturkosten, die zumindest anteilig von der Stadt zu tragen wären.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 28
Titel	Für ein tolerantes Münster, gegen Homophobie!
Kurzbeschreibung	Keine Unterstützung durch die Stadt Münster und ihrer Gesellschaften an Mitgliedsvereine des "Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften e.V."
Erläuterung	Der "Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften e.V." (BHDS) diskriminiert homosexuelle Mitglieder. Deutlich wird dies durch den aktuellen Fall der schwulen Schützenbrüder in der Kinderhäuser Schützenbruderschaft St. Wilhelmi. Inzwischen wurde durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ein Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) festgestellt. Wie auf der Internetseite des "Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften e.V." zu lesen ist, wird auch weiterhin an der Diskriminierung festgehalten. Ich schlage daher vor, dass die Stadt Münster und ihre Gesellschaften alle Unterstützungen (finanzielle sowie ideelle) an Mitgliedsvereine des "Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften e.V." einstellt.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag stellt einen Einsparvorschlag dar.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Hauptausschuss hat im Mai 2012 beschlossen, die städtische Vereinsförderung unverändert zu lassen, dem BHDS angeschlossene Schützenbruderschaften von der Förderung daher nicht auszuschließen (Beschluss zur Vorlage V/0303/2012 zum Ratsantrag A-R/0015/2012 https://www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/vo0050.php?__kvonr=2004034493&voselect=8302). Der Vorschlag ist aufgrund dieser aktuellen Beschlusslage nicht umsetzbar.
Finanzielle Entlastung	Das jährliche Einsparvolumen beläuft sich auf 5.000 € (Datenbasis 2012)

Vorschlag Nr.	2012 – 31
Titel	Kostendeckende Eintrittspreise für das Stadttheater
Kurzbeschreibung	Ein Theaterbesuch erzeugt in Deutschland durchschnittliche Kosten von weit über 100 €, bei Erlösen von durchschnittlich nicht einmal 25 €. Gute Angebote sind Interessierten ihr Geld wert.
Erläuterung	Auch Münster muss sich der Diskussion des Subventionswahnsinns stellen. Über 18 Millionen jährliche Aufwendungen müssen deutlich reduziert werden. Musikkonzerte von Popstars sind heute nicht mehr unter 50 € zu haben, nicht selten sind Preise bis zu 100 Euro je Ticket bei gefüllten Hallen/ Stadien. Weniger Angebot führt zu besserer Qualität und besserer Auslastung. Wenn sich das Theater nicht selbst trägt, muss es in letzter Konsequenz geschlossen werden. Hierdurch steigt die Auslastung anderer Angebote in der Umgebung von Münster.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich um einen Einsparvorschlag.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Nach der Theaterstatistik 2009/10 aus September 2011 des Deutschen Bühnenvereins beträgt der Betriebszuschuss pro Besucher der Städtischen Bühnen Münster 106,89 €. Die Kosten der Eintrittskarten für

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

	das Stadttheater würden sich von derzeit 4,50 € bis max. 34 € um den Betrag von rd. 106 € erhöhen. Der Vorschlag ist durch einen entsprechenden Beschluss der politischen Gremien grundsätzlich umsetzbar. Dabei wird zu berücksichtigen sein, dass die Zuschussstreichung im Ergebnis zu einer Schließung des Theaters führen wird, da zumindest ein Großteil der Theaterbesucher eine Erhöhung der Eintrittspreise um viele 100 % nicht mittragen werden und die Kosten des Theaters im Ergebnis auf dann wenige Eintrittskarten zu immensen Preisen umgelegt würden.
Finanzielle Entlastung	Bei Schließung des Theaters bis zu 18 Mio. € jährlich, allerdings mit nur sukzessiver Haushaltsrelevanz.

Vorschlag Nr.	2012 – 33
Titel	De-Mail für Münster
Kurzbeschreibung	Im September startet De-Mail, die Möglichkeit sichere E-Mails zu übertragen. Die Stadt Münster soll sich von Anfang an daran beteiligen.
Erläuterung	De-Mail ist ein Projekt der Bundesregierung (http://www.cio.bund.de/DE/Innovative-Vorhaben/De-Mail/de_mail_node.html). Damit wird nun endlich die Möglichkeit der rechtsverbindlichen Übertragung von elektronischen Briefen ermöglicht. Ab September 2012 starten die größten deutschen E-Mail Betreiber mit dieser neuen Übertragungsmöglichkeit. Um in der Stadtverwaltung Kosten zu sparen, soll sich die Stadt Münster an De-Mail beteiligen. Außerdem soll geprüft werden, ob dies bei den kostenlosen privaten E-Mail Accounts von www.muenster.de auch möglich ist.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Für eine DE-Mail-Anbindung der Stadt Münster entstehen im ersten Schritt erhebliche Kosten. Diese Kosten refinanzieren sich nur dann, wenn entsprechend viele Bürgerinnen und Bürger über DE-Mail erreichbar sind. Dieses ist derzeit noch nicht der Fall. Aufgrund der in DE-Mail liegenden Chancen beobachtet die Stadt die Entwicklung und wird die Anbindung realisieren, sobald DE-Mail ausreichend verbreitet ist. Zurzeit ist der Vorschlag jedoch <u>nicht</u> als Einsparvorschlag zu bewerten. Ergänzender Hinweis zu den E-Mail-Accounts von www.muenster.de : Eine Umstellung dieser derzeit kostenlosen E-Mail-Accounts ist nicht möglich. Für ein DE-Mail-Konto müssen sich Bürger/innen direkt an einen DE-Mail-Provider wenden, der auf Basis der von ihm eingeräumten Konditionen die Einrichtung des Kontos vollkommen unabhängig von sonstigen Mail-Konten vornimmt.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 34
Titel	Für modernes und einfaches Parken in Münster
Kurzbeschreibung	In Münster stehen etliche Parkautomaten, die eine ganze Menge Personal, und somit Geld binden. Es soll auf ein kostengünstigeres Internet oder Mobilfunksystem umgestellt werden.
Erläuterung	In vielen europäischen Städten ist diese Idee bereits heute Wirklichkeit. So gibt es in Estland fast keine Parkautomaten mehr. Es sollte eine Arbeitsgruppe in der Stadtverwaltung gebildet werden, die unterschiedliche Lösungsansätze erarbeitet.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Eine Bezahlung an Parkautomaten ausschließlich über Internet oder Mobilfunksysteme würde zu einer Reduzierung von Verwaltungs- und Technikaufwand führen. Dennoch wird dieser Vorschlag <u>nicht</u> als Einsparvorschlag bewertet, da zum einen erhebliche Umstellungskosten anfallen und zum anderen - wegen der Aufgabe der Barzahlungsmöglichkeit - ein überproportionaler Rückgang der Parkeinnahmen prognostiziert wird.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass die aktuelle Rechtslage einen Ausschluss von Barzahlungsmöglichkeiten nicht zulässt.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 36
Titel	Hundesteuer stärker kontrollieren
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 37
Titel	Miete für Sozialwohnungen mindern
Kurzbeschreibung	In Münster liegt die Kaltmiete für sanierte Sozialwohnungen mit 6,17 Euro pro Quadratmeter über dem Mietspiegel.
Erläuterung	Die Mietnebenkosten steuern auf 6.000 Euro pro Jahr zu. In Bremen zahlen Mieter von Sozialwohnungen eine Warmmiete von unter 5 Euro. Was hat die Stadt falsch gemacht?
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der	Eine Reduzierung der Kaltmiete für Sozialwohnungen würde den städtischen Haushalt entlasten.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Verwaltung	
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag ist <u>nicht</u> umsetzbar, da die Stadt Münster keine Regelungskompetenz hat. Die Zusammensetzung der Mieten im sozialen Wohnungsbau werden durch den Bund bzw. die Länder geregelt.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 40
Titel	Umbenennung des Hindenburgplatzes zurücknehmen
Kurzbeschreibung	Der Rat der Stadt Münster möge die Umbenennung des Hindenburgplatzes zurücknehmen, um ein teures Bürgerbegehren und eine anschließende kostenintensive Volksabstimmung (bei der eine Niederlage des Rates bereits absehbar ist) zu vermeiden.
Erläuterung	In beiden münsteraner Tageszeitungen zeigte und zeigt sich eine deutliche Mehrheit der münsteraner Bürger gegen eine Umbenennung des Hindenburgplatzes. Auch die von der Stadt durchgeführte (und von Beteiligten und Meinungsforschern aufgrund der suggestiven Fragestellung zurecht kritisierte) Stichproben-Umfrage zum Thema fiel nur äußerst knapp für eine Umbenennung aus. Vor dem Hintergrund einer zu erwartenden Mehrheit für eine Rücknahme der Namensänderung und der mit einem Bürgerbegehren oder einer Volksabstimmung einhergehenden hohen Kosten sollte der Rat den Tatsachen ins Auge blicken und den Platz freiwillig wieder in „Hindenburgplatz“ umbenennen. Insbesondere wird die Stadt aufgefordert, bis zu einer abschließenden Klärung alle Maßnahmen zu unterlassen, die vorzeitig Tatsachen schaffen und zu einer weiteren Steigerung der Kosten führen könnten (zum Beispiel eine Änderung der Beschilderung).
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag ist <u>rechtlich nicht</u> umsetzbar und stellt deshalb keinen Einsparvorschlag dar..
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Rat der Stadt Münster hat in seiner Sitzung am 27.06.2012 seinen Umbenennungsbeschluss vom 21.03.2012 mit großer Mehrheit bestätigt. Somit ist aufgrund der kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften die Durchführung eines Bürgerentscheids zwingend.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 41
Titel	Keine weiteren Straßenumbenennungen mehr
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012

Vorschlag Nr.	2012 – 45
Titel	Geld sparende Vorschläge sollen im Bürgerhaushalt dominieren
Kurzbeschreibung	Vorschläge im Bürgerhaushalt, die Geld kosten, werden nur diskutiert oder umgesetzt, wenn im Gleichschritt Geld sparende Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt umgesetzt werden. Der Bürgerhaushalt darf nicht zu weiteren Ausgaben der Stadt führen.
Erläuterung	-
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Bislang sieht der Münsteraner Bürgerhaushalt keine Gewichtung dahingehend vor, dass sich die Bürger-vorschläge schwerpunktmäßig auf Sparmöglichkeiten beschränken oder der Rat Ausgabe- und Sparvor-schläge nur im Gleichschritt beschließen kann. Allerdings hat der Rat bereits mit der Beschlussfassung über die Vorlage V/0029/2011/1 Erg. deutlich gemacht, dass es im Bürgerhaushalt die Möglichkeit geben soll, bei Ausgabevorschlägen auch eine Gegenfinanzierung darzustellen. Die Verwaltung schlägt vor, diesen Punkt im Beirat Bürgerhaushalt bei der Vorbereitung des nächsten Bürgerhaushaltsverfahrens anzusprechen. Das Votum des Beirats wird dem Rat dann in einer entsprechenden Vorlage vor Beginn des nächsten Bürgerhaushaltsverfahrens dargestellt.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag ist grundsätzlich umsetzbar, würde aber eine Verfahrensveränderung gegenüber dem bisherigen Bürgerhaushaltsverfahren bedeuten.
Finanzielle Entlastung	Eine finanzielle Entlastung des Haushalts ist bei Umsetzung des Vorschlags grundsätzlich denkbar. Die Entlastungshöhe wäre aber abhängig von den konkreten Vorschlägen im Rahmen der jeweiligen Bürgerhaushaltsverfahren und der Beschlussfassung durch die politischen Gremien.

Vorschlag Nr.	2012 – 49
Titel	Keine Aktivitäten der Stadt auf Facebook
Kurzbeschreibung	Alle Aktivitäten der Stadt Münster auf Facebook sollen eingestellt werden. Die von den Landesbehörden geforderte Beachtung des deutschen Datenschutzrechts soll auch von Münster umgesetzt werden.
Erläuterung	Alle Datenschutzorganisationen der Länder fordern, das Engagement auf Facebook einzustellen: www.datenschutzzentrum.de/presse/20111209-facebook-duesseldorfer-kreis.htm Zur Lage in NRW: www.derwesten.de/region/sauer-und-siegerland/datenschuetzer-gegen-facebook-nutzung-durch-suedwestfalener-kommunen-id6497189.html Und einige Kreise ziehen auch die notwendigen Konsequenzen: www.hannover.de/de/buerger/pres_med/RH_pm-2011/RH_pm-2011-11/pm415.html Münster soll daher auch keine Fanpages auf Facebook betreiben. Damit würde endlich dem deutschem

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

	Datenschutz Genüge getan. Zudem würden auch die teuren Weiterbildungsmaßnahmen überflüssig, die die Stadt Münster für ihre zahlreichen Mitarbeiter in den Ämtern bezüglich Facebook organisiert und bezahlt.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Facebook-Auftritt wird im Wesentlichen mit vorhandenen personellen Ressourcen zusätzlich gepflegt. Ihn einzustellen, würde kaum nennenswerte Einsparungen ermöglichen.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Die Stadt Münster betreibt seit dem 7.10.2010 eine zentrale Fanpage auf Facebook, die als komplementäre Kommunikationsform zum Portal muenster.de genutzt wird. Alle Informationen, die die Stadt bei Facebook einstellt, sind frei zugänglich - niemand muss sich einen Facebook-Account einrichten, um Nachrichten der Stadt zu lesen. Wichtige Informationen sind ohnehin immer auf www.muenster.de zu finden. Die Fanpage ist unter muenster.de verlinkt, Social Plugins, die in der Kritik der Datenschützer besonders hervorgehoben werden, finden keine Verwendung. Im zentralen Fortbildungsprogramm der Verwaltung gab es bislang keine Angebote zu Facebook. Darüber hinaus ist es einzelnen Ämtern und Einrichtungen freigestellt, eine eigene Fanpage bei Facebook einzurichten. Einige publikumsintensive Einrichtungen nutzen dies; von ihnen haben wenige in Eigenregie in geringem Umfang für sich Fortbildungsmaßnahmen organisiert. Auch für Kommunen ist Facebook mittlerweile ein Muss. Das Medium ist in der öffentlichen Wahrnehmung wichtiger Bestandteil der Kommunikation (Stand 08/2012: 6156 Fans der zentralen städtischen Facebook-Seite). Im Sinne von Bürgerbeteiligung und Transparenz der Verwaltung nehmen auch Städterankings die Existenz einer Facebook-Fanpage inzwischen mit in den Kriterienkatalog auf (vgl. Ranking "Nachhaltige Städte" in der Wirtschaftswoche v. 18.06.2012). Zudem gibt es aus Experten- und Nutzerkreisen zahlreiche positive Rückmeldungen zum Facebook-Auftritt der Stadt. Ihn zu streichen, wäre nicht sinnvoll und würde dem Image der Stadt schaden.
Finanzielle Entlastung	

Vorschlag Nr.	2012 – 53
Titel	Bürgermuseum für Bürgerengagement
Kurzbeschreibung	Stadtmuseum veröffentlicht Aufgaben, die durch Bürgerengagement gedeckt werden können und wirbt dafür. Bürger stellen Kompetenzen und Zeit unentgeltlich. Kernkompetenzen bleiben hauptamtlich.
Erläuterung	Einrichtungen, die den Bürgern wichtig sind, sollen von ihnen so weit wie möglich direkt unterstützt werden. Vom Bürgerengagement getragene Einrichtungen können auch nicht als überflüssiger Luxus gebrandmarkt werden. Das Angebot sinnstiftender Arbeit wird erweitert für Menschen, die einen Beitrag leisten können und wollen. Die Motive, sich einbringen zu wollen, sind vielfältig. Der Abbau bezahlter Arbeit in Grenzen ist hinnehmbar, denn der Schuldenabbau wird nicht möglich, wenn die Stadt mit nicht vorhandenem Geld Arbeitsmarktpolitik betreiben soll. Persönlich würde ich zu ehrenamtlichem Engagement in der Lage sein. Die Stadt sollte den Versuch unternehmen, Bürgerengagement einzuwerben. Um die Qualität des Angebotes zu sichern, muss Stammpersonal mit Kernkompetenzen verbleiben und die Feder führen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag spart <u>kein</u> Geld, weil eine Umsetzung des Vorschlags Doppelstrukturen schaffen würde, die kostenaufwändig und in der Sache nicht zielführend sind. Es ist Aufgabe der bestehenden FreiwilligenAgentur Münster, auch im Engagementfeld Kultur weitere Möglichkeiten für Bürgerengagement zu erschließen. Die dafür notwendige Infrastruktur ist dort vorhanden. In der Datenbank der FreiwilligenAgentur sind 500 Möglichkeiten für freiwilliges Engagement in Münster aufgelistet, darunter auch die oben genannten Angebote, die es bereits von städtischer Seite aus gibt. Die Angebote sind über die Homepage der FreiwilligenAgentur öffentlich zugänglich.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 57
Titel	Tausch der Straßenlampen durch LED-Technik
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012

Vorschlag Nr.	2012 – 59
Titel	Eingeschränkte Buslinien an Sonn- und Feiertagen
Kurzbeschreibung	Nachtbuslinien stellen in der verkehrsarmen Zeit ein adäquates Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zur Verfügung. Dieses reduzierte Angebot ist auch an Sonn- und Feiertagen ausreichend, es sei denn, es gibt größere Veranstaltungen in der Stadt.
Erläuterung	Die Benutzung der Busse der Stadtwerke an Sonn- und Feiertagen ist geringer als an Wochentagen. Gleichwohl soll ein adäquates Angebot an Sonn- und Feiertagen aufrecht erhalten werden. Dieses soll über ein reduziertes Angebot an Buslinien dauerhaft ermöglicht werden. Ein Interessenausgleich muss allerdings hergestellt werden. So sollte es zum Beispiel den älteren und behinderten Mitbürgern ermöglicht werden, zum Beispiel einen Gottesdienst zu besuchen, nachmittags wäre es zum Beispiel eher sinnvoll touristische Ziele, wie etwa den Zoo, anzusteuern. So würde ein Plan einer "Sonn- und Feiertagslinie" von der Linienführung der "Nachtbuslinien" möglicherweise - was Linienführung und Taktung angeht - etwas abweichen. Durch den geringeren Einsatz von Bussen und Personal würden aber Einsparungen entstehen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich um einen Einsparvorschlag, weil eine Reduzierung des Busverkehrs zu Einsparungen führen kann.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes wird zurzeit das Bedienungsangebot des Stadtbusverkehrs überprüft. In diesem Zusammenhang soll auch das Fahrtenangebot an Sonn- und Feiertagen überprüft werden. Die Umstellung auf das Bedienungsangebot im Nachtbusverkehr stellt dabei eine mögliche Option dar. Eine eventuelle Kosteneinsparung ist in diesem Zusammenhang ebenfalls noch zu prüfen. Sollte es dazu kommen, ist eine Umsetzung frühestens mit Realisierung der Linienkonzeption des 3. Nahverkehrsplanes möglich.
Finanzielle Entlastung	Hängt von dem „Ob“ und dem „Wie“ der Reduzierung des Busverkehrs an Wochenenden ab.

Vorschlag Nr.	2012 – 61
Titel	Preußenstadion ausbauen und betreiben mit Investor
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012

Vorschlag Nr.	2012 – 64
Titel	Schriftverkehr Bürger / Behörde und umgekehrt
Kurzbeschreibung	Ersatz des klassischen Postweges durch E-Mail, E-Postbrief und so weiter. Jeder Bürger kann sich einmalig für seinen bevorzugten Kommunikationsweg anmelden / registrieren.
Erläuterung	Zum Beispiel auf der Internetseite der Stadt Münster registriert sich ein Bürger und gibt an, dass er künftig sämtliche Kommunikation per E-Postbrief führen möchte. Alle Ämter bekommen dies im Anschluss an die Registrierung automatisch mitgeteilt. Sämtliche Kommunikation zwischen Amt und Bürger kann nun ohne Papier und mit (im Fall E-Postbrief) geringerem Porto stattfinden. Dies spart im Jahr eine Menge Geld ...
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich <u>nicht</u> um einen Einsparvorschlag. Die aktuell zu zahlenden Portokosten sind sehr konkurrenzfähig. Schon jetzt unterscheiden sie sich nicht viel von den Kosten für die De-Mail bzw. den E-Postbrief. Die Schaffung rechtlich sicherer Kommunikationswege und entsprechender Infrastruktur, die die auf dem vorgeschlagenem Weg erhaltenen und versendeten eMail-Nachrichten verwalten kann, wäre - vor allem in der ersten Phase einer eventuellen Umstellung - deutlich teurer als die zu erwartenden Ersparnisse und das ohne Garantie auf die breite Nutzung durch die Bürger/innen (vg. Hierzu im Einzelnen den Vorschlag Nr. 33 aus dem Bürgerhaushalt 2012).
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 65
Titel	Bürgerkredite - Geld von Bürger/-innen leihen
Kurzbeschreibung	Münster leiht sich benötigtes Geld von Bürgerinnen und Bürgern.
Erläuterung	Einige Kommunen haben es bereits vorgemacht: sie leihen benötigtes Kapital einfach von ihren Bürgerinnen und Bürgern. Diese bekommen für ihr Geld einen attraktiven Zinssatz erstattet – eine Win-win-Situation. Münster hätte so zur Umsetzung dringender Projekte Geld zu günstigen Konditionen zur Verfügung. Münster könnte investieren, den Haushalt aber trotzdem weiter entlasten. Den Bürger/-innen wiederum steht durch den Bürgerkredit eine verlässliche Geldanlage zur Verfügung, durch die sie nicht nur etwas für die Stadtgesellschaft, sondern unter Umständen für ihre Nachbarschaft tun können. Video: Bürgerkredite - Wie Bürger ihrer klammen Gemeinde helfen Politik Direkt http://www.youtube.com/watch?v=B6ezdUOhC1Y
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Die Kapitalbeschaffung auf eine breitere Investorenbasis zu stellen, ist in Zeiten der Finanzkrise eine gute Idee. Zumal Banken bereits in der Presse verkündet haben, dass einzelne Kommunen keinen Kredit erhalten, wenn kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept vorliegt. Bisher haben nur wenige Kommunen sich über Anleihen/Bürgerkredite Kapital beschafft. Hindernisse sind der hohe Aufwand und die mit Anleihen/Bürgerkreditauflegung verbundenen Kosten. Eine Finanzierung unter Kommunalkreditkonditionen konnte nicht realisiert werden. Mit der Begebung von Anleihen/Bürgerkrediten ist gem. Kreditwesengesetz immer eine Bank zu beauftragen. Zum Thema Bürgerkredite gibt es auch eine Webseite www.leihdeinerstadtgeld.de , die eine Plattform bietet von der Anbahnung bis zu Abwicklung. Diese Möglichkeit wurde bereits in der Presse bzw. auch von dritter Seite als Anregung über den Oberbürgermeister und als Verbesserungsvorschlag dem Amt für Finanzen und Beteiligung zugeleitet. Bei der o.g. Website geht man davon aus, dass die Finanzierung unter Kommunalkreditzinssniveau liegt. Das setzt jedoch voraus, dass der Bürger bereit ist, auf Zinsen zu verzichten. Vorteile - Aufstellung auf eine breitere Investorenbasis - Einbindung und Identifikation durch die Bürgerschaft mit dem Investitionsobjekt Einsparungen Einsparungen können nicht beziffert werden, da Vergleichswerte fehlen. Mögliche Vorteile hängen von der Investitionssumme, den Marktzinsen, der Laufzeit, der gezeichneten Finanzierungssumme und den Kosten von Dritten ab Aufgrund der zusätzlichen Kosten wurde der Vorschlag bisher nicht umgesetzt.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag ist umsetzbar. Dazu ist ein Projekt zu identifizieren, welches finanziert werden soll. Darüber hinaus ist die Beteiligung einer Bank erforderlich (rechtlich Genehmigung, Prospektauflegung, Schuldendienstabwicklung usw.), die womöglich über ein Vergabeverfahren ermittelt werden muss. Weiterhin muss das Projekt durch Marketingmaßnahmen begleitet werden. Weiterer Aufwand entsteht durch erhöhten Koordinationsaufwand bei der Stadt. Der zeitliche Umfang von der Beauftragung der Bank bis zur Kreditgewährung beläuft sich nach Bankaussage auf rd. 4 Monate.
Finanzielle Entlastung	Entlastungen sind mangels Erfahrungen nicht zu benennen.

Vorschlag Nr.	2012 – 66
Titel	Arbeitsplatzbeschreibung für städtische Hausmeister erweitern
Kurzbeschreibung	Die Arbeitsplatzbeschreibungen für städtische Schulhausmeister sollten erweitert werden. Durch die Abstellung auf die jeweilige Klassenzahl und die örtlichen Gegebenheiten ließen sich Servicekosten sparen.
Erläuterung	Servicekosten entstehen bisher durch Beauftragung von Dienstleistern oder der Abfallwirtschaftsbetriebe. Dabei handelt es sich um Laubentfernung, Rasenmähen, Dachrinnenreinigung (bei ein- und zweigeschossigen Schulen), gärtnerische Pflege der Außenanlagen einschließlich der Baumscheiben vor dem Schulgelände, die der Verkehrsberuhigung dienen, und sonstige hausmeistertypische Arbeiten. Darüber hinaus sollten Hausmeister in dem Teil der Schulferien, die über den Tarifurlaub hinausgehen, als Urlaubsvertretungen in anderen städtischen Einrichtungen eingesetzt werden. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass Hausmeister eine handwerkliche Ausbildung besitzen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Bei dem Vorschlag handelt es sich um einen Einsparvorschlag, der bereits zu einem großen Teil umgesetzt worden ist.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Das Prinzip „Eine Schule, ein Hausmeister“ wurde aufgegeben. Im Rahmen der laufenden Optimierung des Verwaltungshandelns wird zurzeit in einem Projekt ein neues Berechnungsmodell zur Bemessung der Arbeitszeit für Schulhausmeister erprobt. Es besteht aus den Kernelementen der Bedarfsermittlung nach Flächen (Bruttogrundfläche der Schulgebäude einschl. Außenanlagen) sowie Zuschlägen / Abschlägen aufgrund örtlicher Gegebenheiten. Da Schulhausmeister vorrangig gebäudebezogene und in geringerem Umfang schulbezogene Tätigkeiten wahrnehmen, ist es sachgerecht, eher die Größe des Schulgebäudes als die Zahl der gebildeten Klassen zur Bemessung der Arbeitszeit zugrunde zu legen
Finanzielle Entlastung	Der Abschluss des Projekts bleibt abzuwarten.

Vorschlag Nr.	2012 – 69
Titel	Einsparung von Energiekosten auf Tiefgarage am Langebusch
Kurzbeschreibung	Beleuchtung auf der Tiefgarage am Langebusch verringern. Eigentümer ist die Wohn- und Stadtbau.
Erläuterung	Seit mehr als 15 Jahren versuchen wir in Gesprächen mit Wohn- und Stadtbau, die sehr helle und aufwendige Beleuchtung auf der Tiefgarage zu reduzieren. Leider ist es bisher an der Arroganz der Wohn- und Stadtbau gescheitert. Durch eine geringere Beleuchtung könnten Energiekosten eingespart werden. Wir hoffen auf diesem Weg, etwas zu erreichen. Es ist erforderlich, bei Einbruch der Dunkelheit einmal eine Begehung durchzuführen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Da es sich hier um operatives Geschäft einer kommunalen Gesellschaft handelt, kann die Verwaltung hierzu keine Einschätzung abgeben.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Erörterung dieses Vorschlages sollte im Aufsichtsrat der Wohn+Stadtbau erfolgen.
Finanzielle Entlastung	Es entsteht keine finanzielle Entlastung in der Verwaltung, allenfalls bei einer Umsetzungsmöglichkeit in der Gesellschaft.

Vorschlag Nr.	2012 – 70
Titel	Sportanlagen und Kindergarten Eichendorffstraße – Nachts Beleuchtung ausschalten
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012

Vorschlag Nr.	2012 – 71
Titel	Pflastersteine nicht mehr in Mörtel verlegen
Kurzbeschreibung	Pflastersteine für Straßen und Wege sollten nicht länger in Mörtel, sondern (wie früher) in Sand oder Splitt verlegt werden.
Erläuterung	Seit einigen Jahren beobachte ich, daß die neuverlegten Pflastersteine auf Wegen, Plätzen und Straßen in der Innenstadt aufwendig in Mörtel oder Beton verlegt werden, anstatt – wie früher – in Sand oder Splitt. Dies ist zum einen viel teurer und versiegelt zum anderen die Oberflächen, so dass Niederschlag nicht mehr versickern kann; zudem ist es teurer, wenn die Straße (bei Neuverlegung von Kabeln oder ähnliches) wieder geöffnet werden muss. Nicht zuletzt wird die natürlicherweise entstehende „Begrünung“ zwischen den Fugen auf diese Weise verhindert, die aber oftmals gerade den patinahaften Reiz von historischem Pflaster ausmacht. Aus diesen Gründen sollte die Stadt wieder zu der traditionellen Verlegeweise (in Splitt und Sand) zurückkehren.

Anlage 2 zur Vorlage VI/0702/2012

Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Vorschlag spart <u>kein</u> Geld, da die Unterhaltung von in Sand oder Splitt verlegten Pflastersteinen deutlich kostenintensiver ist.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 76
Titel	Linux an Schulen einführen
Kurzbeschreibung	Die münsterschen Schulen sollten – zumindest, wenn es um die Arbeitsplätze von Schülern geht – auf Linux (oder andere freie Betriebssysteme) umgestellt werden.
Erläuterung	Durch den Umstieg ließe sich langfristig viel Geld sparen, da das Betriebssystem (UND die darauf laufenden Programme!) kostenfrei und ohne Lizenzpflicht erhältlich sind. Zudem böte der Einsatz von Linux für die Schüler sogar einen Mehrnutzen gegenüber Windows, da Erfahrungen mit Linux in der Wirtschaft erfahrungsgemäß höher eingeschätzt werden als solche mit Windows. Wenn es um reine Anwendungen geht, so bietet Linux für alle Standardbereiche (E-Mail, Websurfen und Office) kostenfreie (und gleichwertige!) Äquivalente zu den kommerziellen Programmen aus der „Windows-Welt“. Zudem läuft Linux stabiler, und man könnte komplett auf den derzeit aufwendigen Virenschutz verzichten, da die für Windows gefährlichen Viren unter Linux nicht lauffähig und somit unschädlich sind. Es darf nicht sein, daß der Unterricht an öffentlichen Schulen allesamt auf der Software EINES Herstellers (hier: Microsoft) basiert und so künstlich falsche Standards erzeugt werden.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Bei der Überlegung, ob auf den PC der Schulen eine freie (Open-Source z.B. Linux) oder kommerzielle (Closed-Source z.B. Windows) Software installiert wird, ist unter anderem zu prüfen, ob die von den Schulen eingesetzte Lernsoftware unter dem jeweiligen Betriebssystem lauffähig ist. Zurzeit werden etwa 300 Lernprogramme in den Schulen eingesetzt. Alle Produkte erwarten als Systemvoraussetzung Microsoft Windows. Ein Umstieg auf Linux als Betriebssystem ist daher nicht möglich.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 79
Titel	Unzureichenden Heckenschnitt mit Geldbußen belegen
Kurzbeschreibung	Wenn Grundstückseigentümer Hecken, Sträucher oder Bäume zu weit in Gehsteige hineinragen lassen, liegt meiner Meinung nach eine Ordnungswidrigkeit vor, die mit Verwarnungs- oder Bußgeldern geahndet werden sollte.
Erläuterung	Die vorgegebene Breite von Gehsteigen und sonstigen öffentlichen Flächen sollte in der Benutzbarkeit nicht eingeengt werden. Wenige Zentimeter sind sicherlich statthaft, aber mehr auch nicht. Es muss gewährleistet werden, dass Mütter und Väter mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer nicht auf Straßen ausweichen müssen. Dies gilt auch für Personen mit Gehhilfen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Vorschlag spart <u>kein</u> Geld, da mögliche Bußgeldeinnahmen den zusätzlich erforderlichen Verwaltungsaufwand nicht decken.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 80
Titel	Fördertopf für Altbausanierung streichen
Kurzbeschreibung	Das städtische Förderprogramm zur Energieeinsparung und Altbausanierung über 350.000 € war bereits Anfang 2012 komplett ausgeschöpft. Da nur ein Teil der Antragsteller zum Zug kommt, ist diese Förderung ungerecht und sollte gestrichen werden.
Erläuterung	Für 2013 sind wieder 350.000 Euro im städtischen Förderprogramm zur Energieeinsparung und Altbausanierung vorgesehen. Auch hier werden wieder nur wenige Antragsteller zum Zug kommen. Fraglich ist, ob es sich bei diesen Antragstellern um einkommensschwache Bürger handelt. Das Ziel des Fördertopfs, Energie einzusparen, kann durch andere Mittel optimaler erreicht werden, von denen dann nicht nur wenige Bürger profitieren: Optimierung der alten und neuen Bebauungspläne bezüglich Sonnenenergieausnutzung, schnellere Einführung des Passivhausstandards usw.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Bei dem Vorschlag handelt es sich um einen Sparvorschlag (siehe auch Anlage 1 a, lfd. Nr. 258). Das Förderprogramm, das eine wesentliche Maßnahme des vom Rat am 28.04.2010 beschlossenen Klimaschutzkonzeptes 2020 (Maßnahmenkatalog 'Stadt als Motor') darstellt, würde eingestellt. Es würde insbesondere keine Förderung mehr von besonderen energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden erfolgen. Diese Maßnahme ist wie auch die Maßnahmen 330 bis 338 Teil des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzeptes 2020. Bei Nichtumsetzung der Maßnahmen können die beschlossenen CO ² Ziele voraussichtlich nicht mehr erreicht werden.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Umsetzbarkeit des Vorschlags	Grundsätzlich ist der Vorschlag umsetzbar. Allerdings müssten der bestehende Ratsbeschluss aufgehoben werden und die Klimaschutzziele revidiert werden, da die Altbausanierung ein wesentlicher Bestandteil der Klimaschutzstrategie ist.
Finanzielle Entlastung	350.000 €/a ab 2013 bis 2020

Vorschlag Nr.	2012 – 82
Titel	Straßenbaukosten reduzieren
Kurzbeschreibung	Der Vorschlag betrifft besonders Fuß- und Radwege.
Erläuterung	Beispielsweise an der Mecklenbecker Straße ist der Radwegbelag immer wieder in Abständen erneuert worden, obwohl es nicht notwendig war.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich grundsätzlich um einen Einsparvorschlag.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Die Verwaltung greift das Thema grundsätzlich auf und leitet es für eine Beratung den politischen Gremien im Zusammenhang mit der Beratung des Handlungsprogramms 2012 – 2017 zu.
Finanzielle Entlastung	

Vorschlag Nr.	2012 – 86
Titel	Gebühren für die Außengastronomie erhöhen
Kurzbeschreibung	Die Gebühren pro Quadratmeter Nutzungsfläche sind im Vergleich zu Gebühren in anderen Städten zu niedrig.
Erläuterung	Zwar hat der Rat am 21. März eine angemessene Erhöhung abgelehnt. Die Gastronomie nimmt hier aber öffentlichen Raum in Anspruch, der auf der anderen Seite (Parkgebühren) nicht unerheblich mit Gebühren belastet ist. Vorschlag: In vielen anderen deutschen und europäischen Städten sind die Preise in der Außengastronomie höher.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag hat haushaltsentlastende Wirkung, da höhere Erträge erzielt werden.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag befindet sich bereits in der Umsetzung aufgrund des Ratsbeschlusses vom 27.06.2012 (Vorlage 0658/2011), durch den eine Gebührenerhöhung beschlossen wurde. Die Umsetzung des Beschlusses erfolgt zum 01.01.2013.
Finanzielle Entlastung	

Vorschlag Nr.	2012 – 87
Titel	Zu viele Kinderspielplätze in Mecklenbeck
Kurzbeschreibung	Bitte überprüfen, ob die Anzahl reduziert werden kann.
Erläuterung	-
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich um einen Sparvorschlag, da mit dem Rückbau eines Kinderspielplatzes die Unterhaltungs- und Sanierungskosten entfallen. Darüber hinaus wird das Grundstück für andere Nutzungen frei. Bereits in 2011 / 2012 wurde die Zahl der in Mecklenbeck vorhandenen Spielplätze reduziert durch Rückbau des Spielplatzes "Schwarzer Kamp 2" (Vorlage V/0289/2011).
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Ob und inwieweit eine Überversorgung in Mecklenbeck besteht, wird die Verwaltung im Zuge der anstehenden Beschlüsse zum Handlungsprogramm 2012 - 2017 einer genauen Prüfung unterziehen und mit den stadtweiten Standards abgleichen.
Finanzielle Entlastung	Zum jetzigen Zeitpunkt können keine Aussagen getroffen werden.

Vorschlag Nr.	2012 – 92
Titel	Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit streichen!
Kurzbeschreibung	Den Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit streichen sowie den Nord-Süd-Preis.
Erläuterung	-
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Nach der letzten Kommunalwahl wurde der BKE erneut als kommunales Gremium der Stadt durch den Rat gebildet. Aufgabe des Beirates ist, die Themen im entwicklungspolitischen Kontext aus kommunaler Sicht zu beraten sind, für den Hauptausschuss vorzubereiten. Diese Themen müssten dann wieder von einem anderen kommunalen Organ beraten werden.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Die Wahlzeit der Mitglieder des Beirates ist an die Wahlzeit des Rates gekoppelt. Es ist aber durchaus möglich, nach der nächsten Kommunalwahl auf die erneute Bildung eines Beirates zu verzichten.
Finanzielle Entlastung	Das Gremium wird anteilig durch eine Teilzeitkraft betreut. Hierfür entstehen anteilige Personalkosten in Höhe von ca. 11.470 Euro. Zusätzlich steht ein fester Betrag in Höhe von 9.500 € für das Gremium zur Verfügung. Aus diesen Mitteln wird das jährliche Aktionsprogramm des Beirates, das durch viele Initiativen durchgeführt wird, gefördert. Für den Nord-Süd-Preis stehen keine Mittel zu Verfügung, da das Preisgeld durch eine Stiftung gezahlt wird.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 93
Titel	Beirat für Klimaschutz auflösen!
Kurzbeschreibung	Den Beirat für Klimaschutz auflösen und die frei werdenden Mittel in die Energieeinsparung stecken!
Erläuterung	-
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Mit Ratsbeschluss V/0791/2009 und V/0519/2010 ist die Einrichtung eines Beirates für Klimaschutz beschlossen worden und am 21.09.2011 (V/0358/2011) sind die Mitglieder des Beirates berufen worden. Da der Beirat gerade erst seine Arbeit aufgenommen hat, kann die Wirkung der Arbeit des Beirates zurzeit noch nicht eingeschätzt werden. Insofern wird dem Rat empfohlen, sich zunächst zur Arbeitsweise und zu den Ergebnissen berichten zu lassen, bevor über das Fortbestehen des Beirats entschieden wird.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Grundsätzlich ist der Vorschlag umsetzbar. Der Ratsbeschluss müsste revidiert werden.
Finanzielle Entlastung	10.000 € ab 2013 bis 2020.

Vorschlag Nr.	2012 – 94
Titel	Kommunale Seniorenvertretung auflösen!
Kurzbeschreibung	Die kommunale Seniorenvertretung sollte aufgelöst werden, das Geld sollte besser in die Schuldentilgung gesteckt werden!
Erläuterung	-
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Nach der letzten Kommunalwahl wurde der Bildung einer Seniorenvertretung als kommunales Gremium des Rates zugestimmt. Die 15 Mitglieder des Gremiums werden in Form einer Drittelstelle durch die Verwaltung unterstützt und erhalten einen Zuschuss für die anfallenden Ausgaben ihrer Tätigkeit. Die Seniorenvertretung hat sich in Münster und auch überregional einen sehr guten Ruf erarbeitet und nimmt dezidiert die Interessen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in Münster wahr. Da es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt, könnte der Rat seinen Beschluss aufheben. Bei dem Vorschlag handelt es sich um einen Einsparvorschlag, der den städtischen Haushalt in Höhe von jährlich 27.500 € entlasten würde.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag ist direkt umsetzbar durch einen entsprechenden Ratsbeschluss.
Finanzielle Entlastung	Sachmittel (5.500 Euro) und Personalkosten (ca. 21.998 Euro) ab 2013, falls Rat mit Wirkung bereits für anstehende Neuwahl in 2012 beschließt, oder ab 2016, falls Ratsbeschluss in den Jahren 2013 bis 2015 erfolgt.

Vorschlag Nr.	2012 – 95
Titel	Konsequenzen aus Neubau der Feuerwache 3
Kurzbeschreibung	Sollte die Feuerwache 3 gebaut werden, sollte das Gebäude der freiwilligen Feuerwehr verkauft bzw. abgerissen werden. Die Freiwilligen mit in die Wache 3 integrieren. Der jetzige Fuhrpark wird kaum genutzt und kostet nur Geld.
Erläuterung	Ein Erhalt ist unter den jetzigen Umständen nicht zu rechtfertigen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag spart Geld. Die Verwaltung empfiehlt, dem Vorschlag aus folgenden fachlichen Gründen nicht zu folgen: 1. Der Löschzug Hiltrup wird weiterhin benötigt, um die Berufsfeuerwehr bei umfangreicheren Einsatzlagen (Großbrände etc.) zu verstärken, bzw. anstelle der Berufsfeuerwehr auszurücken, wenn diese in einem anderweitigen Einsatz gebunden ist bzw. Einheiten der Berufsfeuerwehr oder anderer Löschzüge der Freiwilligen Feuerwehr bei längerfristigen Einsätzen abzulösen, bzw. bei Großschadensereignissen und Katastrophen ein ausreichendes Potenzial an Einsatzkräften und Einsatzgerät für die Stadt Münster insgesamt verfügbar zu haben. 2. Auch bei einer Zusammenlegung der Standorte der neu zu errichtenden Feuer- und Rettungswache 3 der Berufsfeuerwehr und eines evtl. neu zu errichtenden Feuerwehrgerätehauses für den Löschzug Hiltrup der Freiwilligen Feuerwehr Münster, benötigt der Löschzug Hiltrup eigene Einsatzfahrzeuge und somit auch ein separates Feuerwehrgerätehaus, um die unter Ziffer 1 beschriebenen Aufgaben erfüllen zu können.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag ist aus Gründen der Gewährleistung einer ausreichenden Gefahrenabwehr in Münster <u>nicht</u> umsetzbar.
Finanzielle Entlastung	Da in der aktuellen Haushaltsplanung explizit für die Unterhaltung des Löschzuges Hiltrup keine Mittel enthalten sind, würde die Umsetzung des Vorschlags erst mittel- bis langfristig zu einer Entlastung führen.

Vorschlag Nr.	2012 – 97
Titel	Bürgerbüros in öffentlichen Räumen unterbringen
Kurzbeschreibung	Bürgerbüros beispielsweise in Schulen unterbringen, um Mietkosten zu reduzieren.
Erläuterung	-
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich dann um einen Einsparvorschlag mit haushaltsentlastender Wirkung, wenn bisher von Bürgerbüros genutzte Flächen extern angemietet sind und künftig durch die Nutzung städtischer Flächen aufgegeben werden können. Allerdings ist dagegen zu rechnen der Aufwand, der für die Herrichtung der

Anlage 2 zur Vorlage VI/0702/2012

	künftigen Nutzung (Umbau, Infrastruktur, Änderungen Gebäudeorganisation etc.) entsteht. Die Feststellung, ob im Einzelfall ein Spareffekt erreicht werden kann, muss deshalb standortbezogen getroffen werden..
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Ergänzend sei darauf hinzuweisen, dass eine Umsetzung auch davon abhängt, dass städtische Immobilien in einer für Bürgeranliegen geeigneten Lage vorhanden sind.
Finanzielle Entlastung	dito

Vorschlag Nr.	2012 – 99
Titel	Fahrradpumpe am Stadthaus 1 nicht kaufen
Kurzbeschreibung	Die Fahrradpumpe soll 4.000 Euro kosten.
Erläuterung	In jedem der Fahrradparkhäuser wird es Fahrradpumpen geben - zum Beispiel beim Picasso-Museum, in der Stubengasse und am Bahnhof. Außerdem kann eine einfache Pumpe im Bürgerbüro ausgeliehen werden.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich um einen Sparvorschlag.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Aus Sicht der Verwaltung kommt eine Umsetzung <u>nicht</u> in Betracht, da Rat und Verwaltung gegenüber der Bürgerschaft im Rahmen des letztjährigen Bürgerhaushalts bereits zugesagt haben, den Vorschlag umzusetzen (vgl. 1. Rechenschaftsbericht zum BHH 2012 http://buergerhaushalt.stadt-muenster.de/fileadmin/user_upload/buergerhaushalt/dokumente/rechenschaftsbericht_bhh2011.pdf)
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 100
Titel	Baulücke Averkampstraße 15/17 schließen
Kurzbeschreibung	Seit Jahren unbenutztes Bauland. Starker Verlust von Mieteinnahmen.
Erläuterung	Das Haus wurde jahrelang "frei gekündigt", dann abgerissen. Nun ist das Bauland ungenutzt - seit mindestens drei Jahren. Das bedeutet einen starken Mietausfall für das städtische Tochterunternehmen "Wohn- und Stadtbau". (Wie schnell es gehen könnte, zeigt die private Baulücke gegenüber!)
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Bei diesem Vorschlag handelt es sich nicht um einen Sparvorschlag, da das Grundstück nicht im Eigentum der Stadt Münster steht und somit Erträge dem städtischen Haushalt nicht unmittelbar zugute kommen. Es ist darauf hinzuweisen, dass mit dem Bauvorhaben zwischenzeitlich begonnen worden ist.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 117
Titel	Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst intern auffangen
Kurzbeschreibung	Die kürzlich beschlossene Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst inklusive der Erhöhung der Pensionsansprüche sollte die Stadtverwaltung intern auffangen.
Erläuterung	Die Bürgerinnen und Bürger werden bereits durch erhöhte Grundsteuern, Gewerbesteuern und Gebühren (zum Beispiel Strom, Gas, Wasser) zur Kasse gebeten. Weitere Belastung: Eine Handwerkerstunde kostet beispielsweise 57 Euro plus 25 Euro für den Lehrling und Fahrtkosten. Wie viele Bürger können sich das leisten? Die Menschen werden in die Schwarzarbeit getrieben, dem Staat entgehen viele Steuergelder.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag enthält einen Wunsch, aber <u>keinen</u> Sparvorschlag. Ein Auffangen des Mehrbedarfs würde die Einsparung von bis zu 150 Planstellen bedeuten. Der Vorschlag gibt keinen Hinweis, wie und wo der Personalabbau erfolgen soll.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 156
Titel	Kein 5-geschossiges Hochhaus am Burloh (Zentrumserweiterung Kinderhaus)
Kurzbeschreibung	Das Zentrum Kinderhaus wird erweitert. Es sollen wieder Hochhäuser errichtet werden. Das ist zu viel Asphalt und Beton.
Erläuterung	Wir hoffen, dass mehr Grün kommt (Dachbegrünung) und die gefälltten Bäume ersetzt werden, um die Luft zu verbessern. Der Investor muss bezahlen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag zielt auf eine niedrigere Bebauung als sie gemäß rechtskräftigem Bebauungsplan zulässig und bereits genehmigt ist. Außerdem werden zusätzliche Begrünungsmaßnahmen durch den Bauherrn angeregt. Die Anregungen stellen <u>keine</u> Sparvorschläge für den städtischen Haushalt dar. Eine niedrigere Bebauung würde nur die Investitionskosten des Bauherrn verringern. Vom Bauherrn weitergehende Begrünungs- und Ausgleichsmaßnahmen zu fordern, als diejenigen, die im Bebauungsplan geregelt worden sind, ist nicht möglich.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 158
Titel	Kreisverkehr vor der Tiefgarage Idenbrockplatz/ Kristiansandstraße einrichten
Kurzbeschreibung	Asphaltieren Sie einen Kreis mit weißem Rand (wie in England) und stellen Sie vor dem Millionengrab die Ampeln ab, das spart Geld!
Erläuterung	Verringern Sie die Geschwindigkeit der Autos mit Hilfe von Drempeeln (Bremschwelen auf der Fahrbahn) und Katzenaugen! Das ist in EU-Ländern normal.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Da die vorhandene Lichtsignalanlage nicht sanierungsbedürftig ist, spart der Vorschlag <u>kein</u> Geld, sondern kostet Geld. Aus Kostengründen sollte daher erst dann, wenn die existierende Lichtsignalanlage grundlegend zu erneuern ist, ein zunächst kostenintensiver Umbau zum Kreisverkehr nach deutschem Ausbaustandard erwogen werden. Die thematisierte Geschwindigkeitsreduzierung erfolgt im Zuge des Umbaus zum Kreisverkehr, indem die Zu- und Abfahrtsstraßen zurückgebaut werden, wie sie im Bereich der verlegten Kristiansandstraße bereits umgesetzt wurden. Von dem Bau von Bremschwelen sollte Abstand genommen werden, da diese aufgrund ihrer Lärmentwicklung durch überfahrende Fahrzeuge keine Akzeptanz bei vor Ort betroffenen Anliegern haben. Darüber hinaus sind sie äußerst kostenintensiv, da sie im Abstand von wenigen Jahren regelmäßig instand gesetzt werden müssen. Auf existierenden Buslinien, wie im vorliegenden Fall, sind Bodenschwellen kontraproduktiv und erfahren ebenfalls keine Akzeptanz bei Fahrgästen und Busunternehmen.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 159
Titel	Arbeitszeit der städtischen Bediensteten (ohne Lohnausgleich) kürzen
Kurzbeschreibung	Wenn die Arbeitszeit der städtischen Bediensteten um beispielsweise 20 Prozent (ohne Lohnausgleich) gekürzt würde, würde der städtische Haushalt um einen Millionenbetrag entlastet.
Erläuterung	-
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Als rechtlich unzulässiger Vorschlag handelt es sich nicht um einen Sparvorschlag. Gegen den Willen der Beamten und Beschäftigten kann eine Teilzeitbeschäftigung nicht verfügt werden. Arbeitszeitreduzierungen auf eigenen Wunsch bzw. im gegenseitigen Einvernehmen mit Beamten / innen und Beschäftigten sind hingegen selbstverständlich möglich und auch gängige Praxis bei der Stadt Münster. Allerdings gilt auch in diesen Fällen, dass eine Arbeitszeitreduzierung nicht zwangsläufig zu einer Einsparung führt. Es muss in jedem Fall geprüft werden, ob und in welchem Umfang die dienstlichen Notwendigkeiten die Wiederbesetzung des Stellenanteils durch eine Vertretungskraft erfordern.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 160
Titel	Spielplatz Hohe Geest (auf Höhe "Draht Lauen") zurückbauen
Kurzbeschreibung	Der Spielplatz wird von Kindern kaum genutzt und sollte deshalb zurückgebaut werden.
Erläuterung	-
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Bei der letzten Bürgerbeteiligungsaktion im Jahr 2008 zur damaligen Sanierung des Spielplatzes wurde durch die starke Beteiligung von Eltern und Kindern deutlich, dass der Spielplatz eine wichtige Versorgungsfunktion für die angrenzenden Wohngebiete einnimmt. Der Spielplatz sollte deshalb nach wie vor nicht aufgegeben werden.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 168
Titel	Straßenbeleuchtung nachts zu verkehrsarmen Zeiten reduzieren
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 171
Titel	Nutzung der Stadtteilautos anwenderfreundlicher machen
Kurzbeschreibung	Die Nutzung der Stadtteilautos sollte anwenderfreundlicher werden. Beispielsweise ist die Preisgestaltung schwer verständlich, der Internetauftritt nicht gut aufgebaut und das Reservierungssystem ist umständlich.
Erläuterung	Außerdem werden Stadtwerke-Mitarbeiter bei der Buchung dadurch bevorzugt, dass sie auf ein bestimmtes Kontingent zugreifen dürfen. Alternativgedanke: Man könnte eine Art generationenübergreifende "Börse" für mobilen Austausch initiieren (ähnlich dem Modell "Wohnen gegen Hilfe") oder als neue organisierte Form im Rahmen der Bürgerstiftung.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich <u>nicht</u> um einen Einsparvorschlag, da die Stadt Münster auf die Konzeption und Ausgestaltung der Vertragsverhältnisse der Stadtteilauto Carsharing Münster GmbH keinerlei Einfluss hat. Dass Kunden der Stadtteilauto GmbH, insbesondere Großkunden, Sonderkonditionen erhalten können, ist im Rahmen des rechtlichen Rahmens nicht zu beanstanden.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Keine Umsetzung seitens der Stadt Münster.
Finanzielle Entlastung	Keine direkten finanziellen Entlastungen bei der Stadt Münster.

Vorschlag Nr.	2012 – 176
Titel	Konsequent Schulen schließen
Kurzbeschreibung	Schulen zu schließen, ist politisch unbequem und konfliktreich. Kleine Schulen sind allerdings mit hohem Aufwand für Betrieb und Bauunterhaltung verbunden. Ohne Zielkonzept sind Fehlinvestitionen unvermeidbar.
Erläuterung	Schülerzahlen sind leicht mit langem Vorlauf zu planen (Geburtenzahlen/ -raten). Nur mit einem öffentlich bekannten und langfristigen Konzept kann gezielt in die Schulen investiert werden, die dauerhaft erforderlich sind: In den letzten Jahren der Nutzung kann das Gebäude gezielt "abgenutzt" werden, sofern keine Folgeverwendung möglich ist. Unnötige Sanierungen und Reparaturen kurz vor der Schließung werden vermieden. Daher sollte langfristig abgestimmt sein, wann welche Schule geschlossen wird und welche nicht.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Die Schließung von Schulen wäre eine Sparmaßnahme – wenn die Rahmenbedingungen die Aufgabe eines Schulstandortes zulassen.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung werden regelmäßig die Schülerzahlen und Schülerprognosen aktualisiert. Die Schulen vor Ort sind ausgelastet. Lt. Prognose werden die Schülerzahlen in Münster (gegen den Landestrend) steigen. Ob einzelne Schulen im Hinblick auf das Wahlverhalten von Eltern auch zukünftig noch erforderliche Mindestschülerzahlen haben werden, lässt sich als Prognose nur bedingt abschätzen, würde aber bei den absehbaren Gesamtschülerzahlen einen Ausbau an anderer Stelle erfordern. Speziell im Grundschulbereich sind dezentrale Schulangebote wichtig, um das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ umzusetzen. Vor diesem Hintergrund ist der Vorschlag im Prognosezeitraum bis zum Jahr 2020 nur in sehr wenigen Einzelfällen umsetzbar.
Finanzielle Entlastung	Hierfür ist eine einzelfallbezogene Betrachtung erforderlich. Grundsätzlich entfallen bei Aufgabe eines Schulstandortes alle gebäude- und grundstücksbezogene Kosten sowie ggf. anteilige Personalkosten.

Vorschlag Nr.	2012 – 178
Titel	Kostenangabe in Rats-/Ausschussvorlagen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 179
Titel	Stadt soll Zucht von Mikroorganismen in der Kläranlage Mariendorf ermöglichen
Kurzbeschreibung	Die Kläranlage Mariendorf soll nicht zurückgebaut werden. Sie eignet sich für die Zucht von Mikroorganismen, die eingesetzt werden zur Verbesserung der Abwässer bis auf Trinkwasserqualität.
Erläuterung	Anfang des Jahres 2011 reichte ich dem Amtsleiter des Tiefbauamtes ein Nutzungskonzept für die außer Betrieb gestellte Kläranlage Mariendorf ein. Darin wurde beschrieben, wie unter Einsatz von effektiven Mikroorganismen (die ich züchte) eine weitere Verbesserung der eingeleiteten städtischen Abwässer bis auf Trinkwasserqualität zu erreichen sei. Mit solch einer Verbesserung der Abwässer ohne Chemieeinsatz könnte die Stadt Münster dem Umweltschutz dienen und gleichzeitig die Kosten für den Rückbau der Kläranlage Mariendorf sparen. Wie wirksam der Einsatz von Mikroorganismen ist, wird das in der Golfanlage Brückhausen durchgeführte Pilotprojekt zeigen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich <u>nicht</u> um einen Einsparvorschlag, da er wegen entgegenstehender vertraglicher und planungsrechtlicher Regelungen nicht umsetzbar ist.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Anlage 2 zur Vorlage VI/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 183
Titel	Städtische Leistungen durch Bürgerengagement ersetzen
Kurzbeschreibung	Jede einzelne städtische Bürgerdienstleistung ist darauf abzuklopfen, ob sie nicht durch Bürgerengagement ersetzt oder zumindest mit unterstützt werden kann, um so die Kosten zu senken.
Erläuterung	Dazu sind sicher erst Personalaufwendungen nötig, um einen Umdenk- und Umstrukturierungsprozess zu begleiten. Langfristig ist das aber ein Weg, um entweder die Schulden- oder die Steuerspirale anzuhalten, wenn man auf nichts verzichten will. Münster hat bereits eine engagierte Bürgerschaft, das muss verstärkt werden. Beispielhaft seien hier die Städtischen Bühnen angesprochen: Das vorhandene Personal mit anderen Kommunen - zum Beispiel Osnabrück oder Bielefeld - teilen, den eigenen Spielplan reduzieren und das Theater für Konzerte, Tanz und Schauspiel für die vielfältigen lokalen Gruppen öffnen, die Vieles gut können, ihr Publikum haben und auch diese Unterstützung verdient haben. Die Stadt trägt weiter die Kosten für das Gebäude.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Grundsätzlich ist Bürgerengagement (BE) ein Wert, der nicht zur Kompensation (ehemals) staatlicher oder städtischer Leistungen instrumentalisiert werden sollte. Nichtsdestotrotz kann BE städtische Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, z. B. bei reduziertem Personalaufwand der Kommune, ergänzen, anreichern und qualifizieren. So kann daraus ein Mehrwert für die Institutionen entstehen. Insbesondere im kulturellen Bereich gibt es zahlreiche Beispiele andernorts zur Einbringung bürgerschaftlichen Engagements, die ein breiteres (Dienst-) Leistungsangebot ermöglichen: von der Beibehaltung oder Erweiterung von Öffnungszeiten, über kulturpädagogische (Vermittlungs-) Aufgaben für bestimmte Zielgruppen bis hin zu fachlichen Tätigkeiten, z. B. im Bereich der Katalogisierung und Archivierung. Generell gilt, ehrenamtliches Engagement braucht hauptamtliche Betreuung, Anleitung und Wertschätzung. Es bindet also auch Ressourcen. Entscheidend für den Erfolg ist, dass die Einbindung Ehrenamtlicher in die Abläufe von Kulturinstitutionen von deren Spitze gewollt und unterstützt sein muss. Ehrenamt als Ersatz für Hauptamt ist eher kritisch zu sehen.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Grundsätzlich ja, auch zeitnah. Voraussetzung ist, dass parallel mit dem Auftrag von Strukturen für die Koordination der Ehrenamtlichen begonnen wird. Entsprechende Fortbildungsangebote hält die Freiwilligen-Agentur Münster vor; die Freiwilligen-Agentur ist auch die Einrichtung in Münster für die Gewinnung und Vermittlung von Ehrenamtlichen.
Finanzielle Entlastung	Möglich bei sogenannten „Freiwilligen Aufgaben“ der Kommune in Abhängigkeit vom Konzept; finanziell derzeit nicht kalkulierbar.

Vorschlag Nr.	2012 – 184
Titel	Reinigungsintervalle bei der Straßenreinigung verlängern
Kurzbeschreibung	Die Straßenreinigung erfolgt derzeit wöchentlich. Die Intervalle sollten, zumindest in Wohngebieten, z. B. auf 14-tägige Reinigung verlängert werden.
Erläuterung	Teilweise werden derzeit saubere Straßen gereinigt. Die Umstellung hätte in dem meisten Gebieten wohl keine wesentlich größere Verschmutzung zur Folge. Vorteil für die Stadt: Es können größere Kehrbezirke geschaffen werden. Personal und Kehrmaschinen könnten eingespart werden. Vorteil für den Bürger: geringere Gebühren. Win Win! Eventuell sollte eine Umstellung zunächst für ein überschaubares Gebiet versuchsweise stattfinden und dann das Ergebnis ausgewertet werden.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Alle im Rahmen der Straßenreinigung zu reinigenden Straßen sind vor der Festlegung des Reinigungsintervalls und des Reinigungszyklus begutachtet worden. Aufgrund dieser Begutachtung entscheidet dann der Rat der Stadt Münster über die Reinigungsklasse und den Reinigungszyklus. Dementsprechend ist somit auch festgelegt worden, welche Straßen im Rahmen der wöchentlichen Fahrbahnreinigung zu reinigen sind. Kriterien wie Verschmutzungsgrad, Frequentierung, Baumbestand etc. fließen in diese detaillierte Entscheidungsfindung ein. Somit widerspricht eine Veränderung des Reinigungszyklus den vorher als notwendig erachteten Reinigungsintervallen. Sollten die Reinigungsintervalle geändert werden, führt dies zu immensen Beschwerderaten, da die Bürger nicht mehr die gewünschte Qualität der Straßenreinigung erhalten. Getragen werden würde eine Umstellung von allen Gebührenzahlern, wobei bei einer eventuellen Umstellung des Reinigungszyklus nur ca. 20 % der Grundstückseigentümer profitieren.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Eine eventuelle Umstellung der Fahrbahnreinigung ist mit immensen Kosten verbunden. Die wöchentliche Fahrbahnreinigung ist so in die Reinigungsreviere eingebunden, dass bei der Umstellung der wöchentlichen Fahrbahnreinigungen auf 14-tägliche Fahrbahnreinigungen eine annähernd komplette Neuplanung der Reviere der Straßenreinigung erfolgen müsste. Zuvor sind jedoch die betroffenen 300 Straßen zu begutachten, inwiefern eine Änderung der Reinigungsklasse von wöchentlich auf 14-tägig überhaupt vertretbar ist. Im Anschluss daran ist die Straßenreinigungssatzung der Stadt Münster zu ändern, so dass dann für bis zu 12.000 (Grundstücke an den o.g. 300 Straßen) geänderte Abgabenbescheide erstellt werden müssen. Hinzu kommt der zu erwartende Beschwerdeaufwand, der ebenfalls entsprechend abzuarbeiten ist. Für die o.g. Begutachtung der 300 Straßen sowie die anschließende Umplanung der Reinigungsreviere ist ein Mitarbeiteraufwand von ca. neun Monaten erforderlich. Hinzu kommt die Änderung der Abgabenbescheide, wofür ein zusätzlicher Mitarbeiteraufwand von mindestens zwölf Monaten anzusetzen ist. Darüber hinaus ist für Abarbeitung der Beschwerden dauerhaft eine halbe Stelle anzusetzen. Für die Überprüfung der Straßen und die Änderung der Abgabenbescheide werden die entstehenden Kosten werden auf ca. 75.000,00 € geschätzt. Zusätzliche jährliche Kosten in Höhe von ca. 20.000,00 € für die Beschwerdebearbeitung kommen hinzu. Vorausgesetzt alle genannten 300 Straßen werden umgestellt, ist davon auszugehen, dass ein Fahrer und eine Kehrmaschine eingespart werden kann. Hier sind Kosten in Höhe von ca. 65.000,00 € anzusetzen. Sollte nur ein Teil der Straßen umgestellt werden, bleibt der o.g. Verwaltungsaufwand annähernd gleich, die Kostenersparnis Personal und Material sinkt jedoch.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Finanzielle Entlastung	Bei einer konsequenten Umstellung aller 300 Straßen könnte ggf. ab dem vierten Jahr ein positives Ergebnis erzielt werden. Bei einer nur teilweisen Umstellung ist die Gefahr eines dauerhaften negativen Saldos gegeben. Für die Reinigung eines Frontmeters in der wöchentlichen Fahrbahnreinigung ist derzeit ein Gebührensatz von 2,16 € zu entrichten. Beispielhaft ausgehend von einem 15 Meter breiten Grundstück würden sich die jährlichen Kosten bei einer Umstellung von einer wöchentlichen Fahrbahnreinigung auf eine 14-tägliche Fahrbahnreinigung von 32,40 € auf 16,20 € verringern. Monatlich spart der Gebührenzahler dann 1,35 €, erhält hierfür aber auch nur noch eine halbe Leistung. Hierfür ist dann eine zweijährige Vorbereitungszeit notwendig. Letztendlich entrichten dann aber alle Gebührenzahler die Umstellungskosten, wobei nur 20 % der Gebührenzahler eine Ersparnis hätten.
------------------------	--

Vorschlag Nr.	2012 – 194
Titel	Weniger Arbeitslose, damit weniger Ausgaben planen
Kurzbeschreibung	Die Summe der Aufwendungen für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist in den nächsten Jahren fast stabil mit ca. 118 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt (Produktgruppe 0501 im städtischen Haushalt). Das muss doch zu senken sein.
Erläuterung	Durch das schon gestiegene Arbeitsangebot und die weiterhin positive Arbeitsmarktlage müßten doch die Kosten zu senken sein, auch ohne die Leistungen notwendigerweise zu kürzen, Arbeitslose leichter in Arbeit zu bringen sein.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Bei diesem Vorschlag handelt es sich <u>nicht</u> um einen Sparvorschlag, weil die inhaltliche Zielrichtung des Vorschlags mit den Zielsetzungen des Jobcenters identisch ist und somit der mittelfristigen Finanzplanung zugrunde liegt (vgl. Strategiepapier Jobcenter aus 2012: https://www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/vo0050.php?__kvonr=2004034672&voselect=8340)
Umsetzbarkeit	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 204
Titel	Straßenbeleuchtung sinnvoll ein- und ausschalten
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 206
Titel	Mischwasserhähne in öffentlichen Gebäuden abschaffen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 207
Titel	Katzensteuer einführen
Kurzbeschreibung	Eine Katzensteuer für alle Katzenbesitzer einführen.
Erläuterung	Um eine Gleichstellung der Tierbesitzer von Hunden und Katzen zu gewährleisten, muss es auch eine Katzensteuer geben, denn auch sie ist machbar und umsetzbar. Wie Hundebesitzer ihre Tiere "freiwillig" anmelden, müssen dies auch Katzenbesitzer tun.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Durch eine Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt würde im Ergebnis der städtische Haushalt entlastet.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Von der Erhebung einer Katzensteuer sollte abgesehen werden, weil die Einführung einer Katzensteuer einen Verwaltungsaufwand produzieren würde, der durch die Einnahmen nicht annähernd gedeckt würde, weil nur ein Bruchteil der Katzenhalter die Tiere anmelden wird die Dunkelziffer sehr hoch sein wird, weil der Halter einer Katze nicht feststellbar ist und es zahlreiche frei lebende Katzen ohne Zuordnung eines Halters gibt Im Übrigen sind ordnungspolitische Gründe wie bei der Hundesteuer (Drosselung von allzu umfangreichen Hundehaltungen, die zunehmenden Verunreinigungen der Grünanlagen und Gehwege durch Hundekot etc.) von untergeordneter Bedeutung.
Finanzielle Entlastung	

Vorschlag Nr.	2012 – 209
Titel	Deutliche Erhöhung der Grundsteuern A und B
Kurzbeschreibung	Mit dem Ziel der Schuldentilgung der Stadt werden die Grundsteuern A und B auf 600 Prozentpunkte erhöht. Die Mehreinnahmen werden ausschließlich zur Schuldentilgung eingesetzt.
Erläuterung	Wir Münsteraner müssen die Lasten unserer Kinder abfedern. Diese Steuer ist halbwegs sozial. Wer ein kleines Einkommen hat, lebt meist in einer kleinen Wohnung und wäre nicht so stark betroffen ...
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Kurzeinschätzung der Verwaltung	Durch eine mögliche Ertragssteigerung kann der städtische Haushalt entlastet werden.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Die Hebesätze für die Grundsteuern wurden zuletzt zum 01.01.2011 angehoben. Gleichwohl liegen die Hebesätze für Münster im Städtevergleich äußerst niedrig (von 23 kreisfreien Städten in NRW auf dem vorletzten Platz). Anpassungen/ Anhebungen sind jederzeit durch Ratsbeschluss möglich.
Finanzielle Entlastung	Grundsteuer B: pro 10 Prozentpunkte Anhebung ca. 1,1 Million Euro Mehrertrag Grundsteuer A: pro 10 Prozentpunkte Anhebung ca. 15.000,00 Euro Mehrertrag

Vorschlag Nr.	2012 – 212
Titel	Feuerwache 3 auflösen / Rettungsdienst behalten
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 216
Titel	Keine Planungskosten für Südbad
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 217
Titel	Grundstück an der Metzgerstraße verkaufen
Kurzbeschreibung	Das Grundstück wird immer noch für einen möglichen Schwimmbadneubau vorgehalten. Wegen des hohen Schuldenstandes müssen nicht bebaute, aber bebaubare Grundstücke verkauft und der Erlös dem Haushalt zugeführt werden.
Erläuterung	Zwar hat Oberbürgermeister Lewe der Initiative Südbad zugesagt, ein Bürgerbad wohlwollend zu prüfen. In Hinblick auf den gegenwärtigen Schuldenstand der Stadt dürfen solche kostentreibenden Wahlversprechen nicht eingehalten werden. Der Oberbürgermeister muss sehen, wie er mit diesem Problem fertig wird.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich um einen Einsparvorschlag.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Allerdings stehen einem freien Verkauf zurzeit anders lautende Ratsbeschlüsse entgegen.
Finanzielle Entlastung	Durch einen freien Verkauf ließen sich zusätzlich einmalig Erträge (konservativ geschätzt ca. 1,50 Mio. €) zur Haushaltsentlastung erzielen.

Vorschlag Nr.	2012 – 218
Titel	Straßennamensschilder privatisieren
Kurzbeschreibung	Die Straßennamensschilder an einen privaten Investor verkaufen, der die Schilder aufbaut, abbaut und unterhält. Im Gegenzug darf er in gleicher Größe wie das Straßenschild dezente Werbung anbringen. Alternativ wird nur das Werberecht verkauft.
Erläuterung	Über oder unter dem Straßenschild wird praktisch ein zweites Schild angebracht, das in engen Grenzen (zum Beispiel keine Bilder, einheitliches Schriftbild) eine ganz kurze dezente Werbebotschaft trägt. Beispiele: Firmennamen (t-mobile, Stadtwerke Münster, Wall) oder Produkte (zum Beispiel Westfälische Nachrichten). Entweder werden alle Schilder privatisiert (analog Buswartehäuschen) oder das Werberecht separat verkauft. Gesehen im Ausland, Foto verfügbar.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag ist <u>nicht</u> als Sparvorschlag zu werten. Straßennamensschilder sind „Richtzeichen“ nach § 42 StVO. Sie dienen der Orientierung innerhalb geschlossener Ortschaften. Durch ihre leicht erkennliche und einheitliche Gestaltung sorgen die Richtzeichen für hohe Sicherheit im Straßenverkehr. Das Aufstellen der Straßennamensschilder geschieht durch die Verwaltung (Tiefbauamt) und stellt einen hoheitlichen Akt dar. Eine Privatisierung dieser Aufgabe scheidet aus. Das Straßennamensschild darf nur mit einem Zusatzschild versehen werden, das erläuternde Hinweise zum Straßennamen beinhaltet. Für Werbung oder Firmenwegweiser dürfen diese Zusatzschilder zu den Straßennamensschildern nicht genutzt werden. Ein Verkauf der Straßennamensschilder – analog der Buswartehallen – ist rechtlich nicht möglich.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./,
Finanzielle Entlastung	./,

Vorschlag Nr.	2012 – 220
Titel	Preußenstadion verkaufen
Kurzbeschreibung	Das Preußenstadion erweist sich für Münster als finanzieller Klotz am Bein. Das Gelände soll durch einen privaten Investor oder ein Investorenkonsortium für den Sportbetrieb erhalten bleiben.
Erläuterung	Der so geliebten und vielfach geförderten Fußballszena sollte es doch gelingen, einen Investor oder ein Investorkonsortium zu finden, welche das Gelände nicht nur für Fußball, sondern auch für andere sportliche Großveranstaltungen (zum Beispiel Leichtathletik) finanziell attraktiv machen. Dazu mögen Verwaltung und Parteien Überlegungen anstellen.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag ist <u>nicht</u> als Sparvorschlag zu werten, da ein Verkauf an einen „Investor“ unrealistisch ist. In den vergangenen Jahren (1993 – 2000) konnte die Investition eines privaten Investors in ein Stadion nicht realisiert werden. Ende 1998 hat der Rat dem Verkauf einer Fläche an der Hammer Straße/Berg Fidel zur Errichtung eines Einkaufszentrums zugestimmt. Im Gegenzug sollte die Firma ECE die Sanierung und den Umbau des städtischen Preußen-Stadions zu einem bundesligatauglichen Münsterlandstadion mit 22.500 überdachten Tribünensitzplätzen sowie die erforderlichen Umbaumaßnahmen in der Hammer Straße auf der Grundlage eines Erschließungsvertrages durchführen. Ende 2000 ergeht das Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) für das Land Nordrhein-Westfalen, das im Normenkontrollverfahren den Bebauungsplan Nr. 400 "Preußen-Park" der Stadt Münster für nichtig erklärt und damit das Projekt beendete. Die Realisierung eines möglichen Stadionneubaus ist keine kommunale Aufgabe. Die Projektplanung für einen möglichen Stadionneubau an der Nieberdingstraße obliegt dem Verein oder zukünftigen Investoren.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 225
Titel	Ehemalige Hausmeisterwohnung Nicolaischule nutzen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 234
Titel	Fachleute innerhalb der Stadtverwaltung und im Rat an die richtige Stelle setzen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 239
Titel	Beleuchtung am Technologiehof nachts verringern
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 243
Titel	Regelmäßige Überprüfung der städtischen Zuschüsse
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 244
Titel	Sparen im System Stadtverwaltung selbst
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 248
Titel	Mehnjährige Pflanzen und / oder Lebensmittel auf öffentlichen Grünanlagen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 254
Titel	Verbesserte Kriterien für Trägerzuschüsse der Stadt Münster erarbeiten
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 255
Titel	Hundekot-Entsorgungs-Prüfer einstellen
Kurzbeschreibung	Schaffung von „Ein-Euro-Jobs“ zur Überprüfung der Sorgfaltspflicht von Hundebesitzern beim „Gassi-Gehen“.
Erläuterung	Ein unappetitliches Thema, aber Hundebesitzer machen es sich vor allem in den Außenbezirken (hier Gievenbeck) sehr leicht, mit ihrem Hund Gassi zu gehen. Aufgestellte Tütenspender werden schlicht ignoriert. Ehrlich, es ist ja auch extrem, in körperwarmen Hundekot zu fassen. Aber nun. Die öffentlichen Plätze (hier Grüner Finger) sind so voll mit Hundekot, dass ein Verpachten der Flächen

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

	zum haushaltsgünstigen Mähen durch einen Pächter (Landwirte) nicht stattfinden kann. Die Mahd ist etwas für den Sondermüll! Bei einem Verwarnungsgeld von 35 Euro oder bei Wiederholungstätern von 150 Euro hat die Stadt innerhalb kürzester Zeit die Aufwendungen für die Ein-Euro-Jobs neutralisiert und die Kassen so voll ...
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag ist <u>nicht</u> als Sparvorschlag zu werten, da er rechtlich nicht umsetzbar ist.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar, da Personen mit einer Beschäftigung in Arbeitsgelegenheiten, sogenannte „Ein-Euro-Kräfte“, nicht für hoheitliche Aufgaben – und dazu zählen Kontrollaufgaben – eingesetzt werden dürfen.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 258
Titel	Subventionierung der Busfahrkarten reduzieren
Kurzbeschreibung	Die Stadt subventioniert den öffentlichen Busverkehr (ÖPNV) mit 25 Millionen Euro innerhalb des Stadtwerke-Haushalts freiwillig! Dadurch verschuldet sich Münster wesentlich immer weiter. Das ständige ungesunde Haushaltsdefizit beträgt 20 Millionen Euro.
Erläuterung	Die Reduzierung der Zuschüsse um beispielsweise 20 % oder 5 Millionen Euro könnte die Gewinne der Stadtwerke um 4 Millionen Euro (nach Steuern) steigern, diese würden dann an die Stadt abgeführt und die ständige weitere Verschuldung beträchtlich reduziert. Zum Vergleich: Um diese 4 Millionen Euro Defizitreduzierung durch eine Erhöhung der Grundsteuer – die jeden Münsterbürger trifft – zu erzielen, wäre diese erneut um etwa 8 % zu erhöhen. Was ist da besser? Gezahlt werden muss, alles andere ist unfair der jungen Generation gegenüber. Das Leben auf Pump darf nicht weitergehen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Die Subventionierung der Busfahrkarten erfolgt nicht über den städtischen Haushalt, sondern über die Überschüsse, die die anderen Sparten der Stadtwerke (Gas, Strom, Wasser) erwirtschaften. Dieses Modell hat Auswirkungen auf die Höhe der jährlichen Gewinnausschüttung, die bei Wegfall der Busfahrkarten – Subventionierung jährlich deutlich höher ausfallen würde. Insofern hat dieses Subventionsmodell mittelbar Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag ist grundsätzlich umsetzbar, hat jedoch zur Folge, dass die Fahrpreise deutlich erhöht werden müssen. Diese Maßnahme widerspricht allerdings den politischen Ansprüchen (Managementkontrakt, Erhöhung des Modal Splitting, Reduktion der Umweltbelastung). Die Auswirkungen einer solchen komplexen politischen Richtungsänderung sind so vielfältig und zahlreich, dass eine genaue fachlich inhaltliche wie auch wirtschaftliche Analyse – in allen denkbaren kommunalpolitischen Handlungsfeldern – unverzichtbar wäre.
Finanzielle Entlastung	Die Entlastung ist finanziell abhängig von den politischen Beschlüssen.

Vorschlag Nr.	2012 – 263
Titel	Beirat Bürgerhaushalt einsparen
Kurzbeschreibung	Für den Bürgerhaushalt ist ein Beirat eingerichtet worden, darauf kann verzichtet werden.
Erläuterung	Die Besetzung des Beirates ist nicht zu erkennen, insoweit ist auch nicht zu erkennen, wodurch er legitimiert ist. Es gibt genug Sachverstand in der Verwaltung, daher ist der Beirat überflüssig.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Beirat Bürgerhaushalt ist durch Ratsbeschluss eingerichtet worden (Vorlage V/0029/2011/ 1. Erg.). Der Beirat hat Anregungen, Hinweise und Änderungswünsche im Zuge der beiden bislang durchgeführten Bürgerhaushalte abgegeben. Darüber hinaus hat der Beirat aktiv die vom Rat beschlossene Zielsetzung des Bürgerhaushalts 2012 unterstützt, den Bekanntheitsgrad des Bürgerhaushalts zu erhöhen. Dazu zählten beispielsweise die Teilnahme an Veranstaltungen das Verteilen und Aufhängen von Werbematerialien, die Besetzung von Wochenmarkstständen und ähnliches. Wie im seinerzeitigen Ratsbeschluss vorgesehen, ist der Beirat aktuell zusammengesetzt aus interessierten Bürger/innen, interessierten Vertreter/innen der politischen Parteien in Münster sowie der Verbände und Interessengruppen und Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung. Die Beiratsmitglieder erhalten keine Aufwandsentschädigung.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag ist zwar grundsätzlich umsetzbar. Mit einer Auflösung des Beirates würde der Bürgerhaushalt aber eine Schnittstelle zur Bürgerschaft verlieren, die das Münsteraner Bürgerhaushaltsverfahren bislang ausgezeichnet hat.
Finanzielle Entlastung	Aktuell werden etwa 6 Beiratssitzungen pro Bürgerhaushaltsverfahren durchgeführt. Würde der Beirat durch Ratsbeschluss aufgelöst, würden diese Sitzungen sowie die verwaltungsseitige Vor- und Nachbereitung zukünftig entfallen.

Vorschlag Nr.	2012 – 264
Titel	Wissenschaftsbüro einsparen
Kurzbeschreibung	Bei Münster Marketing ist ein Wissenschaftsbüro eingerichtet, dies sollte eingespart werden.
Erläuterung	Da nicht zu erkennen ist, was dies Büro tut und wo der kommunale Sinn dieser Einrichtung liegt sollte diese eingespart werden.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich um einen Einsparvorschlag, da bei Wegfall der Kosten der städtische Haushalt entlastet würde um die Personalkosten für 2 Stellen.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Mit der Einsparung des Wissenschaftsbüros wäre die weitere Umsetzung des Stadtprofils „Wissenschaft & Lebensart“ als Ergebnis des Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingprozesses (ISM) nicht mehr möglich: hier erfolgt ganz wesentlich die Markenentwicklung und Markenführung der (Wissenschafts)stadt. Die wissenschaftsbasierte Stadtentwicklung als Zukunftsstrategie Münsters wird hier ganz wesentlich geleistet. Grundlage hierfür ist die „Allianz für Wissenschaft“, eine strategische Kooperation von Universität, Fachhochschule und Stadt, welche hier gemanagt wird. Diese Kooperation könnte mit der Schließung des Wissenschaftsbüros nicht mehr weitergeführt werden. Über dieses Netzwerkmanagement hinaus werden für die Stadt Profil bildende Projekte und Maßnahmen realisiert, welche ganz wesentlich durch Drittmittel aber auch durch die Hochschulen finanziert werden: für die Projekte 2012 bis 2014 konnten bereits Drittmittel in Höhe von mehr als 200.000 € akquiriert werden. http://www.muenster.de/stadt/tourismus/wissenschaftsstadt.html http://www.muenster.de/stadt/tourismus/pdf/geschaeftsbericht_2011.pdf http://www.allianz-fuer-wissenschaft.de/allianz
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 270
Titel	Kosten für Stadtbücherei schrittweise reduzieren
Kurzbeschreibung	Das Lesen wird nicht weniger, nur die Verfügbarkeit von Lesestoff wird günstiger durch Internet und E-Buch, und auch die Ausleihe lässt sich dadurch günstiger gestalten. Das fordert einen Anpassungsprozess über Zeit, der jetzt beginnen sollte.
Erläuterung	Unter dem Etatposten 0404 „Stadtbücherei + Förderung von Büchereien freier Träger“ fallen 6,1 Millionen € Kosten an, davon sind 57% Personalkosten (3,5 Millionen €) und nur 115.000 € gehen an Dritte (zum Beispiel Hilstrup-Bücherei). Es gibt inzwischen jede Menge Bücher über das Internet für kleines Geld oder elektronisch umsonst, ein E-Buch kostet weniger als 100 €, und den Computer gibt es in fast jedem Haushalt. Darauf müssen auch die Stadtbücherei und die Stadtgesellschaft reagieren. Ausleihe auf elektronischem Weg, überregionaler Zusammenschluss von Büchereien mit elektronischem Angebot und so weiter. All das ist ein Prozess über Zeit, der passieren muss und mit weniger Personal und Kosten auskommt als die Struktur von heute.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag führt <u>nicht</u> zu Einsparungen, u.a. aus folgenden Gründen Bücher sind nach wie vor urheberrechtlich geschützt. Für die Anschaffung von e-Books muss die Stadtbücherei Lizenzen erwerben, die ähnlich hohe Kosten verursachen wie die für Printmedien. Ein Großteil der Verlage ist nicht bereit, den Bibliotheken Lizenzen für die Ausleihe von e-Books einzuräumen (bei Printmedien können die Verlage aufgrund der Vorschrift des § 27 Abs. 2 UrhG dies nicht untersagen). Bei der Ausleihe von e-Books entstehen neben den Kosten für Server- und Rechnerleistungen auch Kosten für den Einkauf der notwendigen Software sowie Kosten für die laufenden Wartungskosten. Personalkosten fallen für die Auswahl der E-Medien und die Betreuung der Kunden an (insbesondere bedingt durch die Vielfalt der technischen Geräte, mit denen auf die e-Books zugegriffen werden kann). Der Zusammenschluss mehrerer Bibliotheken für die Ausleihe von e-Medien ist bereits erfolgt (vgl. www.muensterload.de).
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 271
Titel	Vermarktung der Grundstücke an der Greverener Straße
Kurzbeschreibung	Die Grundstücke von Ecke Dreizehnerstraße bis Greverener Straße 217 sollten vermarktet werden – das bringt Geld in die Stadtkasse.
Erläuterung	-
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag bezieht sich auf die Grundstücke Greverener Str. 207 und 217. Der Vorschlag ist – bezogen auf das Grundstück 217 – kein Einsparvorschlag, weil diese Fläche auch künftig für Sozialunterkünfte genutzt wird (vgl. Vorlage V/0221/2012). Bezogen auf die Liegenschaft Greverener Str. 207 handelt es sich um einen Einsparvorschlag.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Die Veräußerung der Liegenschaft Greverener Str. 207 ist von der Verwaltung angestoßen. Wenn die zurzeit laufende Entbehrlichkeitsprüfung ein positives Ergebnis bringt, wird die Veräußerung in das Arbeitsprogramm des Amtes für Immobilienmanagement aufgenommen.
Finanzielle Entlastung	Die Höhe des Verkaufserlöses ist derzeit nicht bezifferbar.

Vorschlag Nr.	2012 – 272
Titel	Mehr Mietergenossenschaften in Münster
Kurzbeschreibung	Mietergenossenschaften sind die geeignete Form, preiswerten Wohnraum zu schaffen.
Erläuterung	Sozialwohnungen werden mit Steuergeldern gebaut, saniert und abgerissen. Mietergenossenschaften nehmen Steuergelder für Neubau, Sanierung und Abriss nicht in Anspruch. Deshalb tragen sie zur Entlastung des öffentlichen Haushaltes bei.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag ist <u>nicht</u> als Sparvorschlag zu werten, da auch Mietergenossenschaften nur unter Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln preiswerten Wohnraum neu schaffen können. Hinzu kommt, dass Sozialwohnungen nicht mit kommunalen, sondern mit Bundes- und Landesmitteln, gefördert werden.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 279
Titel	Rücknahme zusätzlicher freiwilliger Leistungen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 280
Titel	Theater: Kooperation zur Kostensenkung anstreben
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 286
Titel	Stiftung gründen, die die Lohnkosten im Altenheim bezahlen
Kurzbeschreibung	In Holland zahlt eine Stiftung die Lohnkosten.
Erläuterung	Wir haben fünf Millionen Hartz IV-Empfänger, Mini-Jobber und Rentner, die die Altenheimkosten vom Sozialamt bezahlt bekommen werden. Wir müssen andere Wege gehen, um die Kosten aufzufangen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag ist <u>kein</u> Sparvorschlag, weil er rechtlich nicht umsetzbar ist. Denn Stiftungen als privates bürgerschaftliches Engagement ersetzen keine sozialstaatlichen Leistungen, sondern ergänzen sie allenfalls bei besonderen Härten im Einzelfall.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 287
Titel	Instandhaltung der Straßen in Münster prüfen
Kurzbeschreibung	Prüfen, ob die Instandhaltungspraxis bei Münsters Straßen mit teilweise jährlichen Ausbesserungen selbst kleinster Schäden wirtschaftlich sinnvoll ist oder was uns diese Praxis zusätzlich kostet.
Erläuterung	Der Zustand von Münsters Straßen ist im Vergleich zu den meisten anderen Städten immer Top. Kleinste Mängel werden umgehend behoben. An vielen Kreuzungen wird der Straßenbelag sogar jährlich erneuert. In der Presse war vor einiger Zeit zu lesen, dass diese Praxis kostengünstiger sei, als kleine Schäden nur auszubessern („flicken“) und den Belag nur alle paar Jahre zu erneuern. Andere Städte – auch die in Haushaltssicherung – verfahren aber anders; hier sind Hauptstraßen häufig Flickenteppiche. Wäre Münsters Praxis günstiger, müssten die anderen Städte doch auch so verfahren! Daher Prüfauftrag (neutral), die beiden Verfahrensweisen ökonomisch zu vergleichen. Anschließend Diskussion eröffnen, welchen Straßenzustand man sich in Münster leisten kann und möchte. Ausdrücklich fordere ich hier nicht, dass es einen schlechteren Zustand geben soll – aber man sollte den Preis kennen!
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich grundsätzlich um einen Einsparvorschlag.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Die Verwaltung greift das Thema auf und bereitet es für eine Beratung in den politischen Gremien im Zusammenhang mit der Beratung des Konsolidierungsprogramms 2012 – 2017 auf
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 292
Titel	Maximal 100.000 Euro je Antrag aus Sparkassen-Fördertopf
Kurzbeschreibung	Bei der Ausschüttung aus dem Sparkassen-Fördertopf dürfen maximal 100.000 Euro pro Antragsteller bewilligt oder ausgezahlt werden, um möglichst viele Antragsteller zu berücksichtigen (statt einiger weniger).
Erläuterung	-
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich <u>nicht</u> um einen Sparvorschlag, da eine Begrenzung des Förderhöchstbetrages aus dem Sparkassen – Fördertopf nicht zu einer Entlastung des städtischen Haushalts führen würde.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 294
Titel	Stadtverwaltung zwischen Weihnachten und Neujahr schließen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 295
Titel	Tempo 50 in der gesamten Stadt
Kurzbeschreibung	Dadurch würden die Unfallzahlen schnell und effektiv verringert. Außerdem ließen sich sage und schreibe 2 bis 3 Millionen Euro für rein bauliche Maßnahmen einsparen.
Erläuterung	Im letzten Jahr gab es die höchste Zahl an Verkehrstoten in der Stadt seit 2008: 5 Personen kamen ums Leben.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag spart <u>kein</u> Geld. Der Rat hat bereits einen entsprechenden Beschluss in 2011 gefasst (Vorlage 0932/2011/Erg.). Danach soll die nach der StVO geltende Regelgeschwindigkeit von 50 km/h (ergänzt um Tempo-30-Zonen in schutzwürdigen Stadtbereichen) innerhalb der geschlossenen Ortschaft der Stadt Münster lückenlos eingeführt werden.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 299
Titel	Senkung der Münster-Standards bei Straßenausbau
Kurzbeschreibung	Senkung des „Münster-Standards“ beim Ausbau von Straßen, wenn diese in reinen Wohngebieten liegen.
Erläuterung	Es sollte kritisch geprüft werden, ob der aktuelle „Münster-Standard“ auch für reine Wohnstraßen in den Außenbezirken notwendig ist. Die Anwohner sind im Allgemeinen wegen der hohen Kostenbeteiligung nicht begeistert. Müssen die Gehwege immer perfekt sein? Kann man nicht auch zum Beispiel Gehwegplatten bei einer Sanierung weiterverwenden? Muss es tatsächlich der Unterbau sein? Muss überhaupt schon saniert werden, wenn der Gehweg etwas schief ist?
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich grundsätzlich um einen Einsparvorschlag.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Die Verwaltung greift das Thema auf und bereitet es für eine Beratung in den politischen Gremien im Zusammenhang mit der Beratung des Konsolidierungsprogramms 2012 – 2017 auf.
Finanzielle Entlastung	

Vorschlag Nr.	2012 – 301
Titel	Keine Startbahnverlängerung am Flughafen Münster/Osnabrück
Kurzbeschreibung	Es wird der Rückzug der Stadt aus den Plänen zur Startbahnverlängerung am Flughafen Münster/Osnabrück (FMO) gefordert.
Erläuterung	Wir brauchen keinen Interkontinental-Verkehr am FMO.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Auf Basis der aktuellen Fluggastzahlenentwicklung wird anhand einer Wirtschaftlichkeitsanalyse untersucht, welche Aussichten und Auswirkungen das Projekt der Startbahnverlängerung haben wird. Danach werden Aussagen zur mittelfristigen Belastung der Gesellschafter getroffen werden. Bis zur Vorlage und Bewertung dieser Analyse werden nach Beschlusslage durch die Gesellschafter keine über die dritte Tranche hinausgehenden Mittel zur Finanzierung der Startbahnverlängerung bereit gestellt werden.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Abhängig von politischen Beschlüssen auf der Basis der Wirtschaftlichkeitsanalyse.
Finanzielle Entlastung	Abhängig von politischen Beschlüssen.

Vorschlag Nr.	2012 – 304
Titel	Städtische Mehrfachförderung beenden
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.
Vorschlag Nr.	2012 – 309
Titel	Abschaffung der Ampel Gartenstraße / Hoher Heckenweg
Kurzbeschreibung	An der Ecke Gartenstraße/Hoher Heckenweg stadtauswärts ist jetzt eine Ampel installiert worden, außer den Verkehrsfluss zu hemmen, macht sie keinen Sinn.
Erläuterung	Da außerdem die Fußgänger- und Radfahrerampel so angebracht sind, dass viele Autofahrer mehr Grün als Rot sehen wird sie sowieso häufig übersehen und in soweit ist es mehr Gefährdung als Sicherung.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld

Anlage 2 zur Vorlage VI/0702/2012

Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich <u>nicht</u> um eine Sparvorschlag, da die Abschaffung der Ampel Geld kostet. Im übrigen wurde die Fahrbeziehung aus Gründen der Verkehrssicherheit in die Signalregelung aufgenommen. Für Blinde und Sehbehinderte waren an der Lichtsignalanlage an allen anderen Fußgängerfurten besondere Signale vorhanden, es fehlte jedoch der gesicherte Weg über den bisher teils mit sehr hoher Geschwindigkeit frei fließenden Rechtsabbieger Richtung Coerde. Eine Abschaffung der Ampel kann daher nicht empfohlen werden.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 311
Titel	(Projektbezogene) Spenden von Bürgern
Kurzbeschreibung	Die Stadtverwaltung bemüht sich intensiver darum, Bürger vom Spenden oder Vererben zu Gunsten der Stadt oder städtischer Aufgaben und Einrichtungen zu überzeugen.
Erläuterung	Die Münsteraner/innen beweisen bei verschiedenen Aktionen ihre Verbundenheit mit ihrer Stadt. Ich könnte mir daher vorstellen, dass es auch eine größere Bereitschaft gibt, für die Stadt oder einzelne Einrichtungen, Aufgaben und Projekte zu spenden oder Geld zu vererben. Vermutlich ist dies auch jetzt schon möglich, wird aber meines Erachtens zu wenig publik gemacht. Hier könnte die Stadt aktiver auf die Bürger/innen zugehen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Spenden und (Zu-) Stiftungen zugunsten von Menschen und Einrichtungen in Münster haben Tradition; sie finden u. a. ihren Niederschlag in zurzeit 10 kommunal verwalteten Stiftungen. Münster hat eine engagierte und mit „ihrer“ Stadt identifizierte Bürgerschaft, die bereits in vielfacher Weise ihr persönliches und finanzielles Engagement zeigt. Dennoch können in diesem Bereich durch gezielte Ansprache, Information und Beratung Potenziale gehoben werden. Finanzielles Engagement von Bürgerinnen und Bürgern gilt es durch entsprechende Maßnahmen der Werbung zu akquirieren. Geeignete fachlich fundierte Fundraising-Aktivitäten hierfür sind systematisch und kontinuierlich (weiter-) zu entwickeln, um diese Potenziale zu wecken und zu kanalisieren. (Ein Beispiel: Stiftungstage)
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Der Vorschlag ist umsetzbar, bindet aber finanzielle und personelle Ressourcen im Bereich Information, Spendenakquise und Werbung, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen.
Finanzielle Entlastung	wahrscheinlich; sowohl durch Spenden als auch (Zu-) Stiftungen sowie persönliches Bürgerengagement könnten – nach einem aufgabenkritischen Verfahren in der Stadtverwaltung – sog. „Freiwillige Aufgaben“ mittelfristig in klar begrenzten Bereichen durch Bürgerinnen und Bürger in Eigenregie freiwillig aufgegriffen resp. „übernommen“ werden; nicht städtischerseits an die Bürgerschaft delegierbar.

Vorschlag Nr.	2012 – 313
Titel	Straßenbaustellen mehrschichtig bearbeiten
Kurzbeschreibung	Der Straßenbau wird in Münster im klassischen Einschichtbetrieb durchgeführt. Hierdurch verzögern sich z.B. Reparaturarbeiten unnötig und führen über längere Zeit zu Staus, erhöhter Umweltbelastung, erhöhter Belastung nicht betroffener Mitbürger.
Erläuterung	In den letzten Wochen wurde und wird an der Kreuzung Ring/Grevener Straße die Bushaltestelle erneuert. Allmorgendlich waren lange Rückstaus und ein Ausweichen auf „Schleichwege“ zu beobachten. Die Bauarbeiten wurden jedoch nur einschichtig ausgeführt. Eine Verlängerung der täglichen Bearbeitungszeit hätte für viele Anwohner und Verkehrsteilnehmer durch eine um Tage verkürzte Bearbeitungsdauer ergeben. Es wäre wesentlich angenehmer für alle Beteiligten gewesen. Bei zukünftigen Baustellen bitte ich diese Abarbeitung im Mehrschichtbetrieb zu prüfen. Mehr-Kosten für frühere/spätere Arbeitszeiten müssten über bessere Ausnutzung der Ressourcen (Maschinenpark) kompensiert werden.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Im Straßenbau wird von einem mehrschichtigen Arbeiten bzw. auch Arbeiten am Wochenende bei geeigneten Projekten Gebrauch gemacht. So werden beispielsweise Arbeiten in Kreuzungsbereichen am Wochenende oder nachts durchgeführt. Bezogen auf die mehrschichtige Durchführung von Straßenbauarbeiten hat die Verwaltung wichtige Erkenntnisse aus einem Straßenbauprojekt gewinnen können, in dem 6 Nächte hintereinander an einer sehr intensiv genutzten Straße Tag und Nacht gearbeitet wurde. Festzustellen war ein sehr hohes Beschwerdeaufkommen der Anlieger, die sich vor allem auf ihren Ruhebedarf im verdienten Feierabend beriefen. Anliegen der Verwaltung ist deshalb bei der Frage der Beauftragung von Mehrschichtbetrieb, einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Anlieger und den Interessen der Verkehrsteilnehmer zu erreichen. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass für einen Mehrschichtbetrieb zwischen 22 Uhr und 6 Uhr in jedem Einzelfall eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde eingeholt werden muss, dem nur entsprochen wird, wenn stichhaltige Gründe in dem Einzelfall vorgetragen werden können. Die Erfahrungen zeigen auch, dass ein mehrschichtiger Baustellenbetrieb häufig teurer ist.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Anlage 2 zur Vorlage VI/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 315
Titel	Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten
Kurzbeschreibung	Die Kriminalisierung von Konsumenten verschlingt Unmengen an öffentlichen Geldern. Den Konsumenten wird nicht geholfen, im Gegenteil, sie werden in einen kriminellen Strudel gezogen.
Erläuterung	Es gibt genügend Vorschläge wie „Drogen“ legal und kontrolliert erworben und konsumiert werden können. Bei allen diesen Modellen spart die Öffentlichkeit nicht nur die Kosten, die durch Kriminalisierung und deren Folgen entstehen (Gerichtsverfahren, die meist eingestellt werden, Abrutschen in die Kriminalität), sie könnte durch die Abgabe sogar Geld einnehmen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Bei diesem Vorschlag handelt es sich <u>nicht</u> um einen Sparvorschlag mit entlastender Wirkung für den städtischen Haushalt, weil die legale Vergabe von Drogen keine Suchtberatung, keine Therapie und auch nicht die Wiedereingliederung ersetzt Substitutionsbehandlung auch das psychosoziale Hilfeangebot nicht entbehrlich macht die Behandlung mit Diacetylmorphin als Regelangebot erhebliche Mittel binden wird (ein Angebot für ca. 500 Personen bedeutet Kosten von jährlich mindestens 8 Millionen Euro)
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 317
Titel	Dezentrale Energieversorgung ausbauen
Kurzbeschreibung	Bau von (kleineren) Blockheizkraftwerken in Neubaugebieten in den Stadtteilen und bei der Sanierung von bestehenden Baugebieten, z.B. auf Konversionsflächen.
Erläuterung	Wo eine Versorgung mit Fernwärme wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, erspart die kleinteiligere dezentrale Stromerzeugung gemeinsam für mehrere Bauvorhaben oder für ganze Straßenzüge bei gleichzeitiger Nutzung der Abwärme unter anderem lange Leitungswege und Energieverluste und führt dadurch zu einer Entlastung des städtischen Haushalts und des Haushalts der Stadtwerke und der Endkunden. Gleichzeitig werden Kosten für die Umsetzung der städtischen Klimaschutzziele gespart. Das „Klimaschutzgutachten 2020 für die Stadt Münster“ spricht unter Ziffer 7.6.7 nur vom „Ausbau der Fernwärme in der Fläche“
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Bau von BHKW außerhalb des Fernwärmeeinzugsgebietes wird schon seit mehr als 15 Jahren intensiv in Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Stadtwerken Münster betrieben. Die Umsetzung des Vorschlages führt zu <u>keiner Einsparung</u> bei der Stadt Münster, da die Stadtverwaltung selbst nur bei eigen genutzten Objekten BHKW's baut, auch bei den Stadtwerken führt dieser Vorschlag zu keiner Einsparung, da die Stadtwerke immer eine mögliche Investition in BHKW's über die angeschlossenen Kunden refinanzieren. Unabhängig davon kann jeder Private oder jedes Unternehmen auch heute schon BHKW's im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bauen und betreiben und dabei auch Dritte mit Energie versorgen.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 318
Titel	Parkraumbewirtschaftung
Kurzbeschreibung	Eigentümer von Fahrzeugen, die keinen Stellplatz auf dem eigenen Baugrundstück nachweisen können und Pendler zahlen künftig eine Nutzungsgebühr für das Abstellen ihres Fahrzeugs auf öffentlichen Verkehrsflächen.
Erläuterung	Auf der Straße abgestellte Fahrzeuge, nicht nur in Altbaugebieten, stellen das Ordnungsamt, die Straßenreinigung, die Müllabfuhr und so weiter vor zahlreiche Probleme, deren Lösung nur durch entsprechenden personellen und finanziellen Aufwand möglich ist. Menschen mit Bewohnerparkausweisen und Teilnehmer am Carsharing sollten von einer zusätzlichen Nutzungsgebühr verschont bleiben. Ich habe einen ganz ähnlichen Vorschlag schon vor einem Jahr gemacht und vermute, dass er wieder nicht mehrheitsfähig sein wird. Inzwischen habe ich erfahren, dass die Schweizer Bundeshauptstadt Bern generell eine solche nicht unerhebliche Gebühr erhebt. Näheres unter http://www.bern.ch/leben_in_bern/mobilitaet/autoundmotorrad/parkieren/parkkartenzonen
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag ist aus rechtlichen Gründen <u>nicht</u> umsetzbar und führt deshalb nicht zu Einsparungen. Die Parkraumbewirtschaftung hat sich allein an straßenverkehrsrechtlichen und nicht an fiskalischen Vorgaben zu orientieren.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 319
Titel	Keine Subventionierung von Baulandpreisen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 320
Titel	Kommunale Abgabe für Barrierefreiheit
Kurzbeschreibung	Einführung einer kommunalen Abgabe für alle öffentlich zugänglichen bzw. relevanten Gebäude, die nicht barrierefrei zugänglich für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Familien usw. sind.
Erläuterung	Derzeit ist die Situation für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Familien usw. in Bezug auf den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Gebäuden (Restaurants, Arztpraxen, Einkaufsläden usw.) katastrophal. Für die Betreiber besteht derzeit kein Anreiz, an dieser Situation etwas zu ändern. Durch die Einführung einer entsprechenden Abgabe könnte ein Anreiz für entsprechende Maßnahmen geschaffen werden. Die Abgabe könnte zweckgebunden für entsprechende städtische Maßnahmen eingesetzt werden und mit den anderen kommunalen Abgaben verwaltungsarm eingezogen werden. Sobald ein Betreiber seine Räumlichkeiten barrierefrei gestaltet, wird er von der Abgabe befreit.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich <u>nicht</u> um einen Einsparvorschlag, da er rechtlich nicht umsetzbar ist. Denn das Recht auf Erschließung eigener Steuerquellen steht grundsätzlich nur dem Bund und den Ländern zu. Nur für örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern obliegt den Kommunen in NRW die Steuerhoheit. Die vorgeschlagene Abgabe zählt dem Wesen nach nicht zu dieser Steuerart.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 321
Titel	Längere Grünphasen anstelle teurer Radschnellwege
Kurzbeschreibung	Keine teuren Radschnellwege planen und bauen, sondern längere Grünphasen an Ampeln für Radfahrer, dies verkürzt die Fahrzeit zur Arbeit. Die Kosten der Ampelumstellung liegen deutlich unter den für neue Radschnellwege.
Erläuterung	An vielen Ampeln im Stadtgebiet gibt es eine sehr kurze Grünphase für Radfahrer, so dass bei Fahrten in die Stadt lange Wartezeiten entstehen. Als Beispiel nenne ich die Kreuzung Kanalstraße/Bröderichweg. Die Grünphase für Radfahrer beträgt ca. sechs Sekunden. Die Grünphase für Autos stadteinwärts beträgt zumindest 40 Sekunden, teilweise deutlich über eine Minute, stadtauswärts ist die Grünphase noch deutlich länger. Die Anzahl der Fahrzeuge, die in den Bröderichweg abbiegen, ist überschaubar. Somit ergibt sich auch keine übermäßige Behinderung dieser Verkehrsteilnehmer. Mit der Umstellung würde dem Wunsch nach schnellerer Erreichbarkeit der Innenstadt entsprochen, ohne dass viel Planung oder hohe Kosten erforderlich sind.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Dieser Vorschlag spart <u>kein</u> Geld. Die als Beispiel genannte Ampel hat in der Steuerung keinen hohen Differenzierungsgrad (Linksabbieger sind nicht getrennt geschaltet), so dass an dieser Ampel (und vielleicht auch einigen anderen) die Möglichkeit bestünde, die Grünzeit für Radfahrer zu verlängern, ohne damit gravierende Auswirkungen für andere Verkehrsteilnehmer zu verursachen. Anders ist die Situation an den großen innenstadtnahen Kreuzungen, an denen in der Regel die Linksabbieger aus Gründen der Verkehrssicherheit eigenständig signalisiert sind. Je feingliedriger aber eine Steuerung ist, umso weniger Freigabezeit kann auf die einzelnen Fahr- und Gehbeziehungen verteilt werden. Daher können an den großen Kreuzungen die Grünzeiten für die Radfahrer nicht erhöht werden, ohne gleichzeitig bei anderen Geh- und Fahrbeziehungen die Freigabezeiten zu reduzieren. Der Vorschlag kann daher die grundsätzlich wünschenswerte Planung und Einrichtung von Radschnellwegen nicht ersetzen.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 325
Titel	Keine Subventionierung von Sport – Tourismus
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 326
Titel	Mauritz-Tunnel nicht umbauen
Kurzbeschreibung	Die Unterführung an Landeshaus/Eisenbahnstraße soll für 120.000 Euro umgebaut werden, ohne dass hier zwingend Handlungsbedarf wäre. Das Geld ist an jeder engeren und gefährlicheren Stelle für Radfahrer im Stadtgebiet sinnvoller einzusetzen.
Erläuterung	Angesichts von sechs Millionen mehr Defizit in diesem Jahr gehören derartige Luxussanierungen ganz schnell in die Versenkung.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich grundsätzlich um einen Vorschlag mit haushaltsentlastender Wirkung.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Wegen der gestiegenen Baukosten hat die Verwaltung bereits vorgeschlagen, den Umbau zurückzustellen.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 328
Titel	Beleuchtung Aaseetreppe
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 330
Titel	Freiflächen für gemeinschaftliche urbane Gärten
Kurzbeschreibung	Die Stadt könnte kommunale Freiflächen oder brachliegende Flächen für gemeinschaftliches Gärtnern zur Verfügung stellen.
Erläuterung	Eigentlich ist Boden ein gemeinsames Gut, so wie Luft und Wasser: Der Zugang zu diesen Gütern sollte im Sinne einer gerechten Gesellschaft gewährleistet sein. Das aktuelle Streben nach gemeinschaftlicher urbaner Gärtnerei ist ein lebenswichtiger Impuls, der als „Chance“ begriffen werden sollte. Auf kommunaler Ebene kann die Stadt dieser neuen Dimension der gesellschaftlichen und umweltbewussten Entwicklung Raum geben. Ein direkter, unmittelbarer Weg ist die zur Verfügung Stellung von Freiflächen an Bürger/Gruppen. Die Kosten wären null, der Gewinn von unschätzbaren Gütern: 1. Wissen im Sinne von Umweltbewusstsein, Gemüse-/Blumenanbau 2. Impulse für verantwortungsbewusstes Verhalten 3. Interkultureller Austausch / soziale Verbindungen 4. Konkrete Erfahrungen hin zu Ernährungsbewusstsein /-souveränität Münster kann abermals zeigen, welche „lebenswerte Stadt“ mit was für einer „Farbenbekennung“ sie ist!
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich aus folgenden Gründen <u>nicht</u> um einen Einsparvorschlag: Gemeinsames, urbanes Gärtnern ist ein Trend, in dem interessierte Stadtbewohner gemeinschaftlich aus langweiligen, nutzlosen Flächen bunte Gärten entwickeln. Dabei handelt es sich allerdings um solche Flächen, die im aktuellen Stadium nicht genutzt werden und auf denen deshalb kaum oder keine Kosten anfallen. Solche Flächen befinden sich nur ganz eingeschränkt im Besitz der Stadt Münster. Sollen öffentliche Freiflächen dafür in Anspruch genommen werden, so werden diese Flächen der öffentlichen Nutzung zu Gunsten einer privaten Nutzung entzogen. Die geschilderten Ansätze sind aber identisch mit den Ansätzen im Kleingartenwesen, das aus genau diesen Gründen auch öffentlich gefördert wird. Ausreichende Kleingartenflächen stellt die Stadt Münster aus diesem Grund zur Verfügung.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 332
Titel	Externe Moderation des Bürgerhaushalts einsparen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 333
Titel	Umweltschutzabgabe am Flughafen Münster-Osnabrück (FMO)
Kurzbeschreibung	Erhebung einer Abgabe bei Start und Landung am FMO in Höhe von 1 bis 2 Euro pro Passagier. Bei 2 Millionen Passagieren macht das 2 bis 4 Millionen Euro für Münster, Osnabrück etc., die für Umweltprojekte genutzt werden können.
Erläuterung	Flugreisen belasten die Umwelt erheblich. Gleichzeitig wird das Kerosin, anders als Treibstoffe für PKW oder Bahnverkehr (auch Strom) nicht durch Umweltsteuern/-abgaben belastet, es wird nur eine kleine CO2 Abgabe pro Flug erhoben. 1 oder 2 Euro mehr pro Flugreise sind für niemanden Anlass, deshalb den weiten Weg zu einem anderen Flughafen auf sich zu nehmen. Die Einnahme aus der Abgabe können zweckgebunden für Umweltprojekte in den Städten Münster, Osnabrück und den anderen FMO-Besitzern verwendet werden – für Münster rund 1 Millionen Euro pro Jahr! (Nicht meine Idee, aber gut; in Osnabrück gab es da schon mal einen Anlauf)
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es wird als schwierig eingeschätzt, die rechtliche Grundlage für die Erhebung einer solchen Abgabe zu schaffen (siehe Vorschlag Nr. 370 Bürgerhaushalt 2011; V/0480/2012). Zudem ist die ursprüngliche Idee der Luftverkehrssteuer eine klimapolitische Funktion gewesen. Durch die Erhebung der Steuer und den daraus folgenden Preiserhöhungen folgten bereits Streckenstreichungen am FMO.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Umsetzbarkeit des Vorschlags	Politische Beschlüsse sind nötig, die sich wie oben beschrieben als schwierig erweisen.
Finanzielle Entlastung	Kein Spareffekt für den städtischen Haushalt, da mit dem Klimaschutzzeuro Umweltprojekte finanziert werden sollen.

Vorschlag Nr.	2012 – 334
Titel	Kurtaxe oder Bettensteuer erheben
Kurzbeschreibung	Münster wird bei Touristen immer beliebter – Münster macht viel für Touristen. Durch eine Abgabe pro Hotel-Übernachtung könnte ein Teil dieser Aufwendungen finanziert werden.
Erläuterung	Eine Bettensteuer wurde schon mal diskutiert, als die Mehrwertsteuer für Hotels von 19 auf 7 % gesenkt wurde. Besonders wegen der Rechtsunsicherheit wollte sich Münsters Stadtverwaltung damit nicht befassen. Es gibt nun einige Städte als Beispiele, wie man so etwas rechtssicher umsetzt. Klar ist, dass Touristen auch ohne eine Kurtaxe o.ä. Geld in der Stadt lassen. Aber mit einer solchen Abgabe lässt sich eben der Tourismusetat gegenfinanzieren oder gar Geld in weitere Aktivitäten stecken. Beispielsweise 5 Euro oder 10 % pro Übernachtung tun niemanden weh und sind auch weniger, als die Reduktion der Mehrwertsteuer ausgemacht hat. Die Touristen werden bei der Qualität, die sie hier geboten bekommen (Stadtbild, Sauberkeit, Veranstaltungen...) sicher Verständnis zeigen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich um einen Vorschlag, der den städtischen Haushalt entlasten würde. Bisher wurde noch keine höchstrichterliche Entscheidung über die Zulässigkeit der Erhebung einer sog. „Bettensteuer“ getroffen. Nach Eröffnung verschiedener Musterklagen dürfte eine Vielzahl von diesbezüglichen Steuerbescheiden noch nicht bestandskräftig sein. Angesichts der weiterhin vorhandenen Rechtsunsicherheiten und des mit der Einführung und Erhebung verbundenen Verwaltungsaufwands empfiehlt die Verwaltung, die Erhebung einer Bettensteuer aktuell nicht weiter zu verfolgen.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 339
Titel	Keine Bevorzugung Preußen Münsters
Kurzbeschreibung	Keine Bevorzugung von Preußen Münster durch höhere Förderungen des Vereins oder des Stadions gegenüber anderen Sportvereinen!
Erläuterung	So sehr ich Preußen Münster die sportlichen Erfolge auch gönne – es ist meines Erachtens nicht vertretbar, Preußen Münster finanziell gegenüber anderen Vereinen zu bevorzugen. Jeder Verein sollte eine gewisse Grundförderung bekommen (zum Beispiel pro aktivem (!) Mitglied) und dann, wenn er „etwas teurer“ ist, die Mehrkosten auch selbst tragen. Wie in jedem Haushalt muss man dann für größere Anschaffungen halt ansparen und den Gürtel solange enger schnallen – oder es geht halt nicht. Für die Masse (!) der Bürger leisten die anderen Sportvereine in zum Beispiel integrativer und sozialer Hinsicht mehr als Preußen Münster. Die immer wieder zitierte indirekte Gegenfinanzierung durch Image und Geld, das Besucher mitbringen, ist für mich nicht realistisch. Also: Senkung der Zuschüsse an Preußen Münster auf ein Niveau, das mit dem anderer münsterschen Vereine vergleichbar ist. Wenn der Verein mit dem von ihm genutzten Stadion mehr will, muss er es auch selbst bezahlen!
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag ist <u>nicht</u> als Sparvorschlag zu werten, da davon auszugehen ist, dass sich die tatsächlichen Kosten für den Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung des städtischen Preußen-Stadions deutlich höher belaufen, als die lt. Überlassungsvertrag zu zahlenden 167.187,00 €. Im Anschluss an die Sanierungsmaßnahme des Städtischen Preußen-Stadion im Jahr 2001 wurde zwischen der Stadt und dem SCP ein Überlassungsvertrag geschlossen. Mit diesem Vertrag wurde dem SCP die kostenlose Nutzung am bestehenden Stadion sowie die bislang von der Stadt selbst erledigten Arbeiten wie Bauunterhaltung, Betrieb und die Instandhaltung des Stadions, der Nebenflächen und der Gebäude übertragen. Der Zuschuss wurde im Jahr 2006 um 5 % gekürzt und soll im Interesse einer Gleichbehandlung einer Zuschusskürzung an andere Sportvereine im Rahmen des Handlungsprogramms 2012 – 2017 erneut gekürzt werden (vgl. Anlage , lfd. Nr.). Entgegen der bestehenden Überlassungsverträge mit anderen Sportvereinen wurde SCP per Vertrag verpflichtet, auch die Bauunterhaltung und Instandhaltung des Stadions zu übernehmen. Sollte der SCP den Vertrag nicht weiterführen, würden auf jeden Fall höhere Kosten auf die Stadt zukommen. Der Vertrag wurde aufgrund der Entscheidung des Rates der Stadt Münster in seiner Sitzung am 10.12.2008 bis zum 31.12.2025 verlängert.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 340
Titel	Bündelung des Musikunterrichts
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 341
Titel	Vollständige Streichung des freien Rosenmontags
Kurzbeschreibung	Bisher ist der Rosenmontag in der städtischen Verwaltung immer noch zur Hälfte offiziell frei – ohne Anrechnung als Urlaubstag. In der freien Wirtschaft wurde dies überwiegend schon vor Jahren gestrichen.
Erläuterung	Es kann gerne freigenommen werden, dann aber gegen Urlaubstag. Die öffentliche Verwaltung sollte sich hier der Privatwirtschaft angleichen. Es ist nicht zu rechtfertigen, wenn woanders schmerzhaft Einschnitte gemacht werden müssen, hier dann aber Großzügigkeit gezeigt wird. Das mögliche Gegenargument, das eh weniger Publikumsverkehr sei, zieht nicht, da viele Verwaltungsvorgänge ohne Publikumsverkehr erledigt werden müssen. Und die Erreichbarkeit z. B. des Stadthauses 3 ist auch am Rosenmontag gegeben. Wie gesagt, die Mitarbeiter können ja gerne mitfeiern, sollen dann aber wie in der Privatwirtschaft einen Urlaubstag nehmen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Die Verwaltungsführung hat aufgrund von Vorschlägen aus dem Rat und der Bürgerschaft mit der Personalvertretung einen Kompromiss verhandelt, nachdem in den Jahren 2011 und 2012 die Verwaltung Rosenmontag am Vormittag geöffnet ist. Eine Schließung der Verwaltung an den Innenstadt-Standorten (Prinzipalmarkt, Stadthaus I, Stadthaus II, Hafenstraße 8, Hafenstraße 30 und weitere) während des Karnevals-umzuges ist aus Sicherheitsgründen erforderlich.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	Es wird vorgeschlagen, diese Anregung aus den oben genannten Gründen nicht umzusetzen. Eine Öffnung der Dienstgebäude während des Rosenmontagszuges ist aus Sicherheitsgründen und zur Vermeidung von Schäden nicht angezeigt. Bereits heute nimmt eine größere Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Karnevalstagen Urlaub.
Finanzielle Entlastung	Die Umsetzung des Vorschlages würde neben geringfügigen Energiekosteneinsparungen auch kalkulatorische Personalkosten einsparen.

Vorschlag Nr.	2012 – 343
Titel	Streichung von Zuschüssen für Turniere
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 344
Titel	Kein Geld für Spiekerhof Brücke
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 346
Titel	Auflösung eines Stadtbezirks
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 351
Titel	Mobile Dialogdisplays im Sponsorenmodell
Kurzbeschreibung	Dialogdisplays haben sich bewährt. Temporäre Hinweise für die Verkehrsteilnehmer sind effektiver als fest installierte Dialogdisplays.
Erläuterung	Anschaffungen von Dialogdisplays im Sponsorenmodell bieten den Vorteil, dass Sponsoren das Thema Sicherheit aufgreifen und der Haushalt geschont wird. Sponsoren könnten das Dialogdisplay auch als Werbefläche nutzen. Mit den Dialogdisplays könnten auch ständig aktuelle Verkehrserhebungen erfolgen, die für die Verkehrsplanung und Verkehrssicherheit am effektivsten wären. Eine Organisation der ständigen Standortauswahl sollte über die Bezirksverwaltungsstellen erfolgen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag spart <u>kein</u> Geld, weil die Stadt Münster bereits über 2 Geräte verfügt, die den Bedarf an Dialogdisplays für Münster abdecken. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass hohe Kosten für die technische Betreuung, die Auswertung, Berichterstattung etc. anfallen.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 353
Titel	Keine Unterstützung von Burschenschaften
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 354
Titel	Erhebung der Elternbeiträge vereinfachen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 356
Titel	Tempo 30 auf der Bahnhofstraße
Kurzbeschreibung	Auf der Bahnhofstraße sollte Tempo 30 vorgeschrieben werden.
Erläuterung	Die Bahnhofstraße wird tagtäglich von unzähligen Fußgängern und Fahrradfahrern überquert. Trotzdem dürfen Kraftfahrzeuge auf zwei Spuren mit sage und schreibe 50 km/h durch die wartenden Menschenmassen brausen (und tun dies auch). Eine Temporeduzierung auf der Bahnhofstraße –und besser noch bis zum Landeshaus oder gleich ganz bis zum Niedersachsenring- würde städtische, private und Krankenkassen entlasten.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag spart <u>kein</u> Geld. Die Bahnhofstraße weist keine geschwindigkeitsbezogenen Unfallauffälligkeiten auf, so dass die angenommenen finanziellen Folgen bei Geschwindigkeitsreduzierung nicht eintreten werden. Im Übrigen liegen bei dieser Sachlage die rechtlichen Voraussetzungen zur Geschwindigkeitsreduzierung für die Bahnhofstraße nicht vor.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 363
Titel	Mehr Mittel zur Eigenbewirtschaftung an Schulen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 364
Titel	Einführung eines Fahrrad-Verleih-Systems
Kurzbeschreibung	In mehreren europäischen Städten gibt es ein günstiges Fahrrad-Verleih-System. Dieses sollte in Münster auch eingeführt werden (Tourismus-Förderung, Vermeidung von Autoverkehr, Parkplatzprobleme von Fahrrädern).
Erläuterung	http://de.wikipedia.org/wiki/Velib
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag führt aus Verwaltungssicht zu <u>keiner</u> Einsparung, da die Installation eines solchen Systems mit enormen Bau- und Anschaffungskosten verbunden ist. Die Herstellungskosten pro Fahrrad betragen mind. Ca. 700 Euro (<u>ohne</u> Technik der Freischaltung und Registrierung). Die Verleihstationen müssten gebaut und sich im öffentlichen Raum befinden. Insgesamt würden sich die Kosten für Infrastruktur und Anschaffung ungefähr im sechsstelligen Bereich ansiedeln. Auf Dauer ist mit der Einführung eines Fahrradverleihsystems keine finanzielle Entlastung verbunden. Das hiesige Geschäft der Fahrradhändler und Radstationen (Radstation Münster Hundt KG und ADFC-Radstation Münster Arkaden) würde stark beeinträchtigt. Zudem ist die enge Raumkapazität in der Innenstadt beim sowieso bereits extrem hohen Fahrradaufkommen für ein solches System nicht geeignet, Platz für Verleihstandorte (mind. 5 Standorte mit 10 bis 15 Fahrrädern) ist im öffentlichen Raum ohnehin kaum vorhanden. Alle bedeutenden touristischen Sehenswürdigkeiten sind fußläufig in kürzester Zeit erreichbar, ein weiteres Problem stellt der Vandalismus bzw. Diebstahl dar.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 365
Titel	Bürgerbeteiligung bei Baumaßnahmen und Pflanzungen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 366
Titel	Kein Parallelradweg auf ehemaliger Gleistrasse
Kurzbeschreibung	Die alte Gleistrasse vom York-Ring bis Nevinghoff soll in einen Radweg umgebaut werden, obwohl es bereits parallele Radwege gibt. Die Maßnahme sollte nicht durchgeführt und so Geld gespart werden.
Erläuterung	Das Geld für diese unnötige Umwandlungsmaßnahme kann eingespart werden, denn es gibt hier bereits parallel verlaufende Radwege. Außerdem handelt es sich bei der ehemaligen Gleistrasse inzwischen um einen Grünstreifen mit all seinen Vorteilen wie zum Beispiel Schallschutz. Die Stadt sollte, wie von Anliegern des Havixburgweges gewünscht, die ehemalige Gleistrasse an die Anlieger verkaufen. Dadurch kann sie von der Brache sogar noch finanziellen Nutzen ziehen.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Die ehemalige Gleistrasse konnte vom Bund, vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, explizit zum Zweck der Einrichtung einer durchgehenden Radwegeverbindung zwischen Gasselstiege / Germania-Gelände und Zentrum-Nord erworben werden. In dem in Rede stehenden Abschnitt gibt es bisher keinen Radweg, sondern lediglich umwegige Verkehrsmöglichkeiten über die parallele Straße. Eine solche Führung entspricht jedoch nicht der Zielsetzung einer durchgehenden, abseits vom KFZ-Verkehr geführten Verbindung. Ein Weiterverkauf der Fläche an Dritte scheidet aus den genannten Gründen aus.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 367
Titel	Auffällige Mietnebenkosten bei Gewährung von Sozialleistungen überprüfen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 368
Titel	Kein Bedarf für Kindertagesstätte (Kita) am Merschkamp
Kurzbeschreibung	Mit dem Bau der Kita am Merschkamp durch den Träger Christlicher Verein Junger Menschen Münster e.V. (CVJM) verpflichtet sich die Stadt Münster über einen langjährigen (30 Jahre) Zeitraum zur Zahlung eines jährlichen Zuschusses von 630.000 Euro.
Erläuterung	In unmittelbarer Nähe wohnt schon heute keine ausreichende Anzahl an Kindern für eine Kita in dieser Größe. Für uns Bürger ist nicht nachvollziehbar, wie die Stadt Münster völlig unangemessen Steuergelder verschwendet. Es dürfte wohl kaum möglich sein, für den Zeitraum der Zuschussgewährung eine belastbare Bedarfsplanung für Kita Plätze zu erstellen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Die Kita wird aus Bedarfsgründen benötigt und ist zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz auch rechtlich geboten. Den Bedarf hat die Verwaltung sowohl in der Vorlage V/0815/2011 als auch in 2 Bürgerversammlungen im Einzelnen dargelegt. Danach hat die Stadt Münster – um dem Rechtsanspruch auf einen Kita Platz zu genügen – die bereits vom Rat beschlossene Kita auch zu errichten. Die aktuelle Versorgungsquote für Mauritz liegt für unter 3 jährige Kinder bei 23,8 % (stadtweit bei 34,1 %) und für über 3 jährige Kinder bei 67,8 % (stadtweit bei 100,2 %). Es handelt sich nicht um einen Einsparvorschlag, da die Kita für die Sicherung der Rechtsansprüche zwingend erforderlich ist. Die mit der Errichtung und den Betrieb der Kita erforderlichen Mittel stehen als Einsparung nicht zur Verfügung, da die eingesetzten Haushaltsmittel den gesetzlichen Vorgaben für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen entsprechen.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 370
Titel	Keine Aufpflasterung Kreuzung Ewaldi/Ottostraße
Kurzbeschreibung	Im Hubertierviertel ist der Kraftfahrzeug-Verkehr dank der bestehenden verkehrsregulierenden Maßnahmen so gut geregelt, dass schnelles Fahren unmöglich ist. Zusätzliche Maßnahmen, die Geld kosten, sollen nicht durchgeführt werden.
Erläuterung	An der Kreuzung Ewaldi/Ottostraße ist eine Aufpflasterung geplant, die mehr als 12.000 Euro kosten wird. Der Kraftfahrzeug-Verkehr ist bereits so gut reguliert, dass eine weitere Aufpflasterung keinen zusätzlichen positiven Effekt auf den Autoverkehr erzielen wird. Durch Verzicht auf die Aufpflasterung können die genannten Kosten eingespart werden.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Im Zuge der Kanalbauarbeiten ergab sich die Möglichkeit, an dieser (und einer weiteren) Stelle kostenneutral die Maßnahme umzusetzen. Die Maßnahmen wurden von der Bezirksvertretung Mitte beschlossen und sind inzwischen umgesetzt, so dass es sich bei diesem Vorschlag <u>nicht</u> um einen Einsparvorschlag handelt.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 375
Titel	Keine umfangreiche Mülltrennung
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 378
Titel	Abschaffung der 2%-Umlage auf die gesamten Mietnebenkosten der Sozialwohnungen
Kurzbeschreibung	Seit 1987 zahlen Mieter von Sozialwohnungen die 2%-Umlage. Investoren und Verwalter gründeten schnell Tochtergesellschaften für den Hausmeisterjob, Gebäudereinigung und Gartenpflege. Seitdem explodierten die Mietnebenkosten.
Erläuterung	2007 wurden Mietnebenkosten bis 4.699 Euro für 99 Quadratmeter bezahlt. Ein Jugendstilhaus mit 462 Quadratmetern hatte 2007 insgesamt Betriebs- und Heizungskosten in Höhe von 8.874,88 Euro. Seitdem sind die Mietnebenkosten um über 25 % gestiegen (14,1 % Müllgebühren, Grundsteuer, Strom, Gas und Wasser). Vermieter von Sozialwohnungen erhalten mit der Kaltmiete 2 bis 5 % Mietausfallwagnis und für die Verwaltung 165 bis 255 Euro pro Wohnung. Deshalb bin ich für die Abschaffung dieser Umlage.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag ist kommunal nicht umsetzbar und deshalb <u>nicht</u> als Einsparvorschlag zu werten. Die Regelungskompetenz für die Zusammensetzung der Mieten im sozialen Wohnungsbau liegt beim Bund.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 380
Titel	Auf nächtliche Beleuchtung des Amtshauses Wolbeck (Amt Steintor 50) verzichten
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.

Vorschlag Nr.	2012 – 383
Titel	Waffensteuer einführen
Kurzbeschreibung	Die Stadt Münster sollte nach dem „Stuttgarter Modell“ eine Waffensteuer einführen. Diese Steuer sollte auch von Jägern und eventuell auch von Sportschützen entrichtet werden.
Erläuterung	Münster könnte mit einer solchen Steuer die auslaufende Jagdsteuer mehr als ausgleichen. Die immer wieder erlebten schrecklichen Unfälle, Amokläufe (Winnenden und so weiter) sollten unsere Verantwortlichen aus Stadt und Politik zum Handeln veranlassen. Ziel ist es, die Zahl der Gewehre und Pistolen in Privathaushalten zu verringern. Jede Waffe weniger ist ein Zugewinn für die öffentliche Sicherheit.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Ein gleichlautender Antrag der Linkspartei fand im Rat der Stadt Iserlohn 2010 keine Mehrheit. Damit gibt es nach Kenntnis der Verwaltung bislang keine Kommune in NRW, die eine solche Steuer eingeführt hat. In der Stadt Stuttgart war die Einführung einer Waffensteuer geplant und konzipiert, wurde im Ergebnis aber nicht beschlossen. In NRW bedarf die Einführung einer derartigen Steuer der Genehmigung des Innen- und Finanzministeriums. Wegen fehlender ordnungspolitischer Gründe und der bestehenden Rechtsunsicherheit beim Genehmigungsverfahren einer solchen neuen Steuer empfiehlt die Verwaltung auch weiterhin von der Einführung der Waffensteuer abzusehen.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 384
Titel	Einsparvorschläge des Bürgerhaushaltes 2012 gehen zu 100 % in Bestenliste
Kurzbeschreibung	Alle von den Bürgerinnen und Bürgern vorgebrachten Einsparvorschläge, welche im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2012 eingebracht wurden, werden automatisch in die Bestenliste aufgenommen.
Erläuterung	Unterstützung der derzeitig angespannten Haushaltssituation der Stadt.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Mit diesem Vorschlag wird sichergestellt, dass alle Vorschläge im Bürgerhaushalt, die haushaltsentlastende Wirkung haben, automatisch in die Bestenliste aufgenommen werden. Damit wird sichergestellt, dass jeder Einsparvorschlag von der Verwaltung mit einer aussagekräftigen Stellungnahme versehen und im Rahmen der Haushaltsberatung dem Rat vorgelegt wird. Ob und inwieweit dieser Vorschlag haushaltsentlastende Wirkung hat, hängt von verschiedenen Faktoren ab, die in jedem Bürgerhaushaltsjahr unterschiedlich sein werden: Anzahl der im Bürgerhaushaltsverfahren eingegangenen Sparvorschläge Trifft die vom Bürger selbst vorgenommene Kategorisierung des Vorschlags als Einsparvorschlag zu? Greift die Politik die vom Bürger eingebrachten Vorschläge auf? Sind die Einsparungen aus den beschlossenen Sparvorschlägen größer als der Aufwand, der durch verwaltungsseitige und politische Beratung aller Sparvorschläge entsteht? Die Verwaltung empfiehlt, diesen Vorschlag im Beirat Bürgerhaushalt zusammen mit den Überlegungen für den nächsten Bürgerhaushalt zu diskutieren.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Anlage 2 zur Vorlage VI/0702/2012

Vorschlag Nr.	2012 – 385
Titel	Stadtwald für Münster
Kurzbeschreibung	Ausweisung von Flächen zur Schaffung eines Stadtwaldes. Der wachsende und nachwachsende Rohstoff kann vermarktet werden und stärkt zukünftig die Einnahmeseite der Stadt und verbessert das Klima.
Erläuterung	Finanzierung: Spenden der Bürgerinnen und Bürger, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen 1. Durchführung: Schulprojekte, interessierte Arbeitsgruppen/Umweltgruppen Betrieb: Stadt und Forst Vermarktung: Stadt
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Der Vorschlag kann <u>nicht</u> als Sparvorschlag gewertet werden, da eine Haushaltsentlastende Wirkung in einem überschaubaren Zeitraum nicht eintreten wird. Die heimischen Waldgesellschaften – z.B. Stieleichen/Hainbuchenwald haben sehr lange Entwicklungs- und Umtriebszeiten (> 180 Jahre) und erbringen erst ab einem Alter von ca. 40 Jahren erste Erträge! Problematisch ist die Bereitstellung von geeigneten Flächen, da die landwirtschaftliche Nutzfläche dadurch verringert würde. Da Waldböden lediglich mit etwa 0,50€/qm bewertet werden, würde zunächst ein erheblicher Verlust entstehen (Ackerböden aktuell > 4,- €/qm).
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 386
Titel	Ineffizienten Straßenrandstein-Reinigungsaufwand saisonal reduzieren (Bedarfskonzeption)
Kurzbeschreibung	Der Straßenrandstein-Reinigungsaufwand (personell und Fahrzeugeinsatz) muss in der Relation Kosten - Nutzen in saisonal überwiegenden Zeiten (kein Laubfall und so weiter) als verzichtbar und damit kostenminimierend bewertet werden.
Erläuterung	Dies gilt für den Großteil der Wohnstraßengebiete, nicht für die Hauptstraßen. Das Gemeinschaftsbekenntnis "Jeder soll vor seiner eigenen Haustür kehren" sollte auch für die Randsteinsäuberung in den Wohnstraßengebieten gelten. Damit würden wieder etliche Mittel für andere, dringlichere Maßnahmen freierwerden.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich <u>nicht</u> um einen Sparvorschlag weil der Vorschlag rechtlich nicht umsetzbar ist. Das Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen schreibt vor, dass aufgrund einer Leistung (Straßenreinigungsgeld) eine Gegenleistung (Straßenreinigung) erfolgen muss. Daher ist man gezwungen, die Straßenreinigung regelmäßig durchzuführen. Eine bedarfsgerechte Reinigung – wie im Vorschlag beschrieben – ist somit nach aktueller Rechtslage nicht umsetzbar.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 387
Titel	Entsiegelung von Flächen
Kurzbeschreibung	Derzeit versiegelte Flächen der Stadt und Bürgerinnen und Bürger entsiegeln oder entsprechende Bauweisen vorschreiben.
Erläuterung	Reduzierung der Wasserabführung in das öffentliche Abwassernetz und damit der zu planenden Abmessungen.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	Es handelt sich <u>nicht</u> um einen Sparvorschlag, da die Dimensionierung – auch in Folge der zunehmenden Starkniederschläge der vergangenen Jahre – nicht reduziert werden kann. Nichts desto trotz verfolgt die Stadt das im Vorschlag angesprochene Anliegen, die Zahl der versiegelten Flächen zu reduzieren. Zu nennen ist hier u. a. ein Handlungsansatz, der seit Jahren praktiziert wird, durch Regelungen in der Gebührensatzung, die Niederschlagswassergebühr für Grundstückseigentümer bis auf Null reduzieren zu können.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 388
Titel	Glas-Recyclingstationen als Serviceangebote und nicht als Müll- und Abfallnischen präsentieren
Kurzbeschreibung	Glas-Recyclingstationen werden vielfach als Dependancen (Nebenstellen) der offiziellen Deponieangebote missverstanden. Je schlechter einsehbar, desto größer ist die Restmüllablagerung.
Erläuterung	Das Entsorgungskonzept bedarf dringend einer organisatorischen und gestalterischen Neuorientierung! Damit würde die Vermüllung des jeweiligen Umfeldes reduziert und der Arbeitskräfteinsatz bei der Müllbeseitigung effizienter gestaltbar.
Einschätzung des / der Vorschlagenden	Vorschlag spart Geld
Kurzeinschätzung der Verwaltung	In Münster gibt es fast 300 Standorte für Altglascontainer. Dieses Netz ist seit 1976 mit der städtebaulichen Entwicklung mit gewachsen und hat sich entsprechend entwickelt. Die generelle Aussage „je schlechter

Anlage 2 zur Vorlage V/0702/2012

	einsehbar, desto größer die Restmüllablagerung“ kann von den AWM nicht bestätigt werden. Obwohl die meisten Standorte in Münster sind offen gestaltet sind, finden die AWM bei den wöchentlichen Reinigungsarbeiten Müllablagerungen vor. In den letzten Jahren ist dennoch keine verstärkte Zunahme von Müllablagerungen an Containerstandorten zu beobachten, so dass kein unbedingter Handlungsdruck besteht. Regelmäßige Reinigungsarbeiten werden immer zu leisten sein, auch wegen Glasbruch, so dass keine hohen Einsparpotenziale zu erwarten sind.
Umsetzbarkeit des Vorschlags	./.
Finanzielle Entlastung	./.

Vorschlag Nr.	2012 – 391
Titel	Verbot weiterer Versiegelung von Grünflächen
Verweis	Hierzu finden Sie eine ausführliche Stellungnahme der Stadtverwaltung in der Dokumentation zu den Vorschlägen der Bestenliste, vgl. Vorlage an den Rat V/0589/2012 zur Ratssitzung am 19.09.2012.